

# Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



„Schwerter zu Pflugscharen“: Skulptur von Jewgeni Wutschetitsch im Garten des UN-Hauptgebäudes in New York

- *Die Vereinten Nationen: Friedenspolitik oder Militarisierung? – S. 4*
- *Solidarität mit kurdischen politischen Gefangenen in der Türkei – S. 6*
- *Grün-rote Landesregierung hat Schwierigkeiten mit dem ländlichen Raum – S. 10*
- *Europäische Berufsbildungspolitik: ein interessantes Feld mit Untiefen – S. 15*
- *Jean Luc Godard: „La Chinoise“ – S. 20*

**Ausgabe Nr. 3 am 9. März 2012, Preis 4,00 Euro**

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

## Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK  
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

**Herausgegeben vom** Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

**Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:**

**Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung:** Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

**Regionales / Gewerkschaftliches:** Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

**Diskussion / Dokumentation:** Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

**In & bei der Linken:** Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

**Letzte Seite:** Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles.

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

**Verlag:** GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

**Bezugsbedingungen:** Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

**Druck und Vertrieb:** GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

## Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ..... Stück pro Ausgabe der PB

o 1 Ausgaben für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Kto-Nr. ....

BLZ: .....

Bank: .....

Unterschrift: .....

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

## Wulff gegangen, Rösler bringt Gauck

*maf.* Nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe wird der zurückgetretene Bundespräsident Christian Wulff mit einem großen Zapfenstreich der Bundeswehr verabschiedet, Funk und Fernsehen melden Rebellion des Bundeswehrmusikkorps: Wulff habe sich statt der sonst üblichen drei Musikstücke als zusätzliches viertes die Europahymne gewünscht. Gemeldet wird auch, dass die vier noch lebenden ehemaligen Bundespräsidenten die Veranstaltung meiden wollen. Lebhaft diskutiert wird auch die Versorgung Wulffs, der sogenannte Ehrensold. Wulff hat verlauten lassen, diese Bezüge so wie die bisherigen Bundespräsidenten auch in Anspruch nehmen zu wollen. Unter Verfassungsrechtlern wird die Frage diskutiert, wie zusammenpasst, dass der Bundespräsident zwar nur durch ein Sonderverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht aus dem Amt entfernt werden kann, gleichzeitig aber auch durch Einleitung eines staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahrens zum Rücktritt gezwungen werden kann. Wie soll eine Justiz, deren Entscheidung so heftig ins politische Getriebe eingegriffen hat, ein faires Verfahren gewährleisten?

Vor zwei Jahren konnten die SPD und die Grünen Joachim Gauck als Kandidaten für das Bundespräsidentenamt aufstellen, aber eine Mehrheit für Gauck war nicht in Sicht. Die Kandidatur hatte den Hauptzweck zu zeigen, dass eine Zusammenarbeit mit SPD und Grünen für die Linken nur um den Preis der kritiklosen Unterordnung zu haben sein würde. Nach dem Scheitern Wulffs hat diese Konstellation zunächst weiterbestanden. Auf Betreiben der Kanzlerin versuchte die CDU, Kandidaten ihrer Wahl zu präsentieren. Röslers Schwenk bewirkt nun, dass SPD und Grüne Gauck zum Präsidenten wählen müssen.

**Beate Klarsfeld – ein antifaschistisches Gegengewicht**

Die Linke konnte Beate Klarsfeld als Kandidatin gewinnen. Die Kandidatur der ausgewiesenen Antifaschistin ist aussichtslos, aber nicht wirkungslos. Wenn sie – und das ist zu hoffen – Stimmen über die Linke hinaus gewinnen kann, wird das – vielleicht – Gauck bewegen, seinen Hang zu Personen und Positionen der Rechten wenigstens für die Dauer seiner Amtszeit zu zügeln.

## Trübe Wirtschaftsaussichten

*rül.* Die sogenannte EEAG-Gruppe, eine Gruppe von acht Wirtschaftswissenschaftlern aus Deutschland, Schweden, der Schweiz, Großbritannien, Frankreich und anderen Ländern,

hat der Eurozone Ende Februar eine pessimistische Wirtschaftsprognose ausgestellt. Danach werde die wirtschaftliche Leistung in der Eurozone nach einem Wachstum von 1,5% in 2011 im Jahre 2012 im Durchschnitt um 0,2% zurückgehen. Für China rechnen die Wissenschaftler 2012 mit einem Wachstum von 8,1%, für Indien 6,5%, für Russland und Lateinamerika 3,5%, für die USA 1,9%. Alle europäischen Länder außerhalb der Eurozone werden nach dieser Prognose 2012 wachsen, Schweden und Polen zum Beispiel um je 2,6%. Für die deutsche Wirtschaft rechnen die Ökonomen 2012 nur mit einem Wachstum um 0,4%, für Frankreich, Italien, Spanien, Portugal, Griechenland und andere Länder der Eurozone dagegen mit einem Rückgang der wirtschaftlichen Leistung, in Portugal zum Beispiel um 3 Prozent, in Griechenland erneut um 3,6%. Infolge dieser wirtschaftlichen Einbrüche wird die Arbeitslosigkeit EU-weit von 10,2 Prozent auf 10,7% steigen, in Spanien auf 23%, in Griechenland auf 19,6%, in Irland auf 14,9%. Irgendwelche wachstumspolitischen Konsequenzen oder Korrekturen bei der Reduzierung der Staatsschuld schlagen die Wissenschaftler, darunter der Chef des Münchner Ifo-Instituts, Sinn, in ihrem Bericht nicht vor. Es scheint, als habe die Politik ebenso wie breite Teile der Wirtschaftswissenschaft die Verantwortung für Wachstumsimpulse im Euro-Raum vollständig an die Europäische Zentralbank abgegeben, die sich mit ihrer Geldschwemme für den Bankensektor als einzige Institution im Euro-Raum noch um Wachstumsanreize für die Wirtschaft bemüht. Der komplette Bericht der EEAG-Gruppe kann unter <http://www.cesifo-group.de/eeag> im Internet heruntergeladen werden.

## 40 Jahre Berufsverbote in Bremen: Geschäftsgrundlage entfallen?

*wjo.* Auf Antrag der SPD- und der Grünen-Bürgerschaftsfraktionen beschloss das Bremer Landesparlament im November 2011 die Landesregierung aufzufordern, die „Richtlinien über das Verfahren bei Feststellung der Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst“ in der Fassung vom Februar 1983 aufzuheben und „in geeigneter Weise mit den Betroffenen einen ideellen Abschluss zu suchen“ (Bürgerschaftsdrucksache 18/97 v. 2.11.2011). Vom Bremer Senat wurde diesem Beschluss am 17.1.2012 entsprochen.

Die GEW führte am 6.2. zu diesem Thema eine Diskussionsveranstaltung durch, in der an mehreren Beispielen von Betroffenen (u.a. F. Behrens,

Politische Berichte im Internet: [www.politische-berichte.de](http://www.politische-berichte.de)



2004 versuchte die baden-württembergische Landesregierung noch einmal den „Radikalerlass“ gegen Michael Cszakóczy anzuwenden.

B. Larisch) die Entwicklung bis heute dargestellt wurde. Hier entwickelte sich auch eine Kritik an dem Bürgerchaftsbeschluss, der wiederum weder eine vollständige Rehabilitierung darstellt noch eine materielle Entschädigung beinhaltet. Da viele Betroffene inzwischen das Rentenalter erreicht haben, ist es auch recht einfach, diese „Altlasten“ beiseite zu räumen.

Auch das Verhalten der Gewerkschaften wurde kritisiert, da sie mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen in manchen Fällen Einschüchterung und Berufsverbote noch mit vorangetrieben haben. In der Vorbereitung der Veranstaltung fand dieser Punkt keine Berücksichtigung und damit ist eine Aufarbeitung der Berufsverbote auch in der GEW zum Teil noch offen.

Kritik gab es von einigen Teilnehmer der Veranstaltung an fehlenden Bezügen zur heutigen Situation. Der Druck u.a. durch die Arbeitsverhältnisse auf die Lehrkräfte ist extrem hoch und Disziplinierung „darf“ heute schon im Vorfeld von Schulleitern ausgeübt werden, so dass auch in dieser Hinsicht Berufsverbote als „entbehrlich“ erscheinen mögen.

## EU-Weißbuch Renten: Widerstreitende Interessen

Auf der Website der EU Kommission für den Zuständigkeitsbereich Beschäftigung, Soziales und Integration (Kommissar Laszlo Andor) ist unter dem Nachrichtentitel „Schlagzeilen“ folgende Kurzzusammenfassung des Weißbuchs Renten eingestellt:

„Das Weißbuch wartet mit einer Reihe von Initiativen auf: Es sollen die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit die Menschen länger erwerbstätig bleiben können,

die dazu in der Lage sind – das würde das Verhältnis zwischen Berufsjahren und Ruhestandsjahren verbessern; Menschen, die in ein anderes Land ziehen, sollen ihre Renten- und Pensionsansprüche mitnehmen können; die Menschen sollen Hilfe beim Ansparen erhalten, und es soll sichergestellt werden, dass Renten- und Pensionsversprechen gehalten werden und die Menschen im Ruhestand das bekommen, was sie erwartet haben.

Das Weißbuch umfasst u. a. folgende Vorschläge: Die Sozialpartner werden aufgefordert, die Arbeitsplatz- und Arbeitsmarktpolitik anzupassen, um bessere Chancen für ältere Arbeitskräfte zu schaffen. Der Europäische Sozialfonds soll genutzt werden, um älteren Arbeitskräften einen Arbeitsplatz zu bieten. Die Sozialpartner sollen ermutigt werden, private Zusatz-Versorgungssysteme zu entwickeln, und die Mitgliedstaaten, ihre steuerlichen und anderen Anreize zu optimieren, um so das Angebot derartiger Systeme auszubauen. Die Richtlinie zu Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (IORP) soll überarbeitet und die Konsumentinnen und Konsumenten sollen besser informiert werden, um die Sicherheit von Zusatzversorgungssystemen zu erhöhen. Die Zusatzaltersvorsorge muss mit Mobilität vereinbar gemacht werden, und zwar durch Rechtsvorschriften, die die Ruhestandsansprüche mobiler Arbeitskräfte schützen, und durch die Förderung der EU-weiten Einrichtung von Pensions- und Rentenaufzeichnungsdiensten. Die Mitgliedstaaten sollen ermutigt werden, eine längere Lebensarbeitszeit zu fördern, indem sie das Ruhestandsalter an die Lebenserwartung koppeln, den Zugang zum vorzeitigen Ruhestand einschränken und die Renten- bzw. Pensionsschere zwischen Frauen und Männern schließen.“

Es ist bemerkenswert, dass sich die aktuelle Bestandsaufnahme des EU-Weißbuchs zu diesem Thema in den zuvor wiedergegebenen Initiativen und Vorschlägen erschöpft, obwohl dasselbe Weißbuch hinsichtlich der bisherigen Entwicklung bzw. aktuellen Lage zutreffend einräumen muss, dass (neben anderen Faktoren) „die geringe Beschäftigung ... es für alle Renten- und Pensionssysteme schwieriger gemacht [habe], ihre Renten- und Pensionsversprechen einzuhalten. Sinkende Beschäftigungszahlen und damit geringere Pensions- bzw. Rentenbeiträge wirken sich nachteilig auf umlagefinanzierte Systeme aus. Kapitalgedeckte Systeme kämpfen mit sinkenden Vermögenswerten und geringeren Erträgen.“ Als logische Konsequenz aus diesen Erkenntnissen müssten somit vor allem Initiativen und Vorschläge zur weitreichenden Steigerung der Beschäftigung im Vordergrund aller

sonstigen Überlegungen gestanden haben. Sodann konnte aus dem speziellen Befund zur Situation der kapitalgedeckten Altersvorsorgesysteme logischerweise keine ausdrückliche Ermutigung der Sozialpartner und der Nationalstaaten zum Ausbau privater Zusatzversorgungssysteme gefolgert werden.

Aus diesen Widersprüchen wird ersichtlich, dass das gesamte Thema von widerstreitenden Interessen geprägt ist, die sich je nach Einflussstärke entsprechenden Ausdruck innerhalb dieser Bestandsaufnahme verschaffen konnten. Hier sieht es für die Beschäftigten Seite bislang sehr schlecht aus. Im Geltungsbereich der IG Metall – um ein Beispiel aufzugreifen – wird erstens an der umlagenfinanzierten gesetzlichen Rentenversicherung (in Verbindung mit der Forderung nach Erweiterung der Beschäftigung) festgehalten. Und zweitens wird der Ausbau der ergänzenden betrieblichen Altersvorsorge – vor allem abgestützt auf Arbeitgeberfinanzierung! – gefordert. Hier hat die Arbeitgeberseite nach ihrem weitgehend gelungenen Rückzug aus dem System der arbeitgeberfinanzierten Betriebsrenten-Einrichtungen derzeit nur noch ihren tarifvertraglichen Zuschuss zu den Altersversorgungswirksamen Leistungen im Spiel. Die IG Metall wird insofern nicht umhin können, das kommende Auslaufen dieses Tarifvertrags entsprechend zu nutzen. Allerdings sind solche Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (deren Sicherheit die EU Kommission ausdrücklich gestärkt wissen will) – wie etwa die Metallrente – dadurch gefährdet, dass sie sich faktisch in der Belegschaftsberatungsmacht sowie in der Bestandsverwaltungsmacht eines Konsortiums aus Finanzdienstleistern befindet – deren Konsortialführer bei Metall die Allianz-Versicherung ist. Ihr Anteil an den bisher rd. 400 000 Metallrente-Verträgen liegt bei gut 90 Prozent und ihr Anteil an den entsprechenden Betreuungsaufträgen in den rd. 20 000 Mitgliedsfirmen kann ähnlich beziffert werden.

Hunno Hochberger

Quelle: EU-Kommission. Weißbuch – Eine Agenda für angemessene, sichere und nachhaltige Pensionen und Renten; Brüssel, 16.2.2012

## In eigener Sache: Griechenland und Schuldenstreichung

Da über den erheblichen Forderungsverzicht privater Gläubiger auf griechische Staatsanleihen bei Redaktionsschluss noch nicht endgültig entschieden war, müssen wir die vorgesehene ausführliche Auseinandersetzung mit dem Thema Staatsverschuldung und Griechenland auf die nächste Ausgabe der „Politischen Berichte“ verschieben.

# Friedenspolitik oder Militarisierung?

Als 2011 der Regimewechsel in Libyen unter einem UN-Mandat herbeigebombt wurde, stellten sich viele die Frage: Wie sind die Vereinten Nationen eigentlich einzuschätzen in ihrer Friedenspolitik? Oder: Rechtfertigt ein UN-Mandat die Beteiligung an Kriegseinsätzen?

Die UN-Charta, das zentrale Dokument der Vereinten Nationen, fordert zentral ein allgemeines Gewaltverbot und die Stärkung der Souveränität der Staaten, um kriegerisches Handeln einzudämmen. Aber die reale Entwicklung der UN-Resolutionen, der politischen Konzeptionen, der UN-Strukturen und der UN-Militäreinsätze sprechen leider eine andere Sprache.

## Der Wandel der Friedenspolitik der Vereinten Nationen

Unter Bezug auf Kapitel VI der UN-

Darüber hinaus gehen die „*Stabilisierungsmissionen*“ („Peace Support Operations“) unter Rückbezug auf Kapitel VII der UN-Charta. Paradebeispiele sind die Missionen KFOR im Kosovo (seit 1999) und ISAF in Afghanistan (seit 2001). Das Kommando derartiger Operationen sowie die Ausstattung und die Kosten werden durch die (zum Teil nachträglich) mandatierten „Regionalorganisationen“, in der Regel EU und Nato, übernommen und erfolgen zugunsten einer Partei. Neben den dominierenden militärischen Einsätzen steht ein breites Aufgabenspektrum von Wahlbeobachtung, über Sicherheitssektorreformen, „zivilmilitärischer Kooperation“, Aufbau staatlicher Strukturen (mit Schwerpunkt Polizei, Militär) bis hin zur Treuhandschaft über Gebiete. Damit sind dann zumeist die Errichtung einer neoliberalen

–gegebenenfalls auch militärisch zu intervenieren, wenn hierfür ein entsprechendes Mandat vom UN-Sicherheitsrat vorliegt (UN-Generalversammlung vom 16.9.2005). Diese Konzeption hat allerdings keinen völkerrechtlichen Status erlangt, dazu bedürfte es einer entsprechenden Neufassung der UN-Charta. Sie bedeutet eine Missachtung des Nichteinmischungsgebotes in die inneren Angelegenheiten des jeweiligen Staates und damit eine zumindest zeitweilige Beseitigung des Souveränitätsprinzips.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat sich mit der Resolution 1973 im Jahr 2011 erstmalig auf die „Schutzverantwortung“ bezogen, um militärische Zwangsmaßnahmen gegen die Regierung in Libyen unter Gaddafi zu autorisieren, worauf hin die Nato-Bombardierungen begannen – mit dem Ergebnis eines Regimewechsels. Nur wenige Tage nach der Libyen-Resolution berief sich der UN-Sicherheitsrat erneut darauf und verabschiedete die Resolution 1975 zur Anwendung militärischer Zwangsmaßnahmen in der Elfenbeinküste, womit nach umstrittenen Präsidentschaftswahlen militärisch zugunsten einer Bürgerkriegspartei interveniert wurde.

Diese Militäreinsätze könnten die „Blaupause“ liefern für weitere militärische UN-Interventionen mit dem Ziel eines Regimewechsels. Die Folgen dieser Einsätze für die Bevölkerung spielen dabei offenkundig keine Rolle, Menschenrechte dienen nur der Legitimierung von Kriegseinsätzen zugunsten von mach- und wirtschaftspolitischen Zielen.

## Strukturen und Truppen der UN, Rüstungsinteressen

Unverkennbar ist, dass seit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten eine kontinuierliche Verschiebung in den UN hin zur Akzeptanz militärischer Gewalt stattfindet. Dieser Wandel der UN-Politik hat zur Folge, dass Anzahl und Intensität der militärischen UN-Einsätze dramatisch gestiegen sind: umfassten die UN-geführten Missionen im Jahr 2000 noch weniger als 20 000 SoldatInnen und PolizistInnen, so stieg diese Zahl mit Stand Juni 2011 auf etwa 100 000 an. Während diese SoldatInnen im Wesentlichen von Ländern des globalen Südens gestellt werden (Pakistan, Indien, Bangladesch usw.), kommen die Länder des globalen Nordens für die finanziellen Belange der UN-Militäreinsätze auf (USA 27%, Japan 13%, GB 8%, Deutschland 8%, Frankreich 8%)



Charta können durch die UN Einsätze zur „friedlichen Beilegung von Streitigkeiten“ beschlossen werden. Die Einsatzform, der klassische „Blauhelmeinsatz“, wird als „*traditionelles Peacekeeping*“ bezeichnet. Sie muss drei Bedingungen erfüllen: Einverständnis der beteiligten Parteien, Unparteilichkeit und Waffengebrauch ausschließlich zur Selbstverteidigung.

Unter Bezug auf Kapitel VII der UN-Charta können durch die UN aber auch Einsätze beschlossen werden „bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen“. Bei diesen als „*robustes Peacekeeping*“ bezeichneten Missionen erfolgt der Einsatz militärischer Gewalt über die Selbstverteidigung hinaus, zugunsten einer Partei, oft unter dem Kommando einer Führungsnation sowie mit dem Versuch, staatliche Strukturen aufzubauen.

ralen Wirtschaftsordnung im Inneren und der Versuch, Einfluss auf Rohstoffe und Handelswege zu erlangen, verbunden. Die Bundeswehr ist zurzeit an neun (!) Auslandseinsätzen unter UN-Mandat beteiligt.

Eine weitere Variante von UN-Militäreinsätzen ist zuletzt unter der Begründung „*Schutzverantwortung*“ („*Responsibility to Protect*“) erfolgt. Diese weist zunächst dem Staat die Pflicht zu, den Schutz seiner Bevölkerung vor folgenden abschließend genannten Verbrechen zu gewährleisten: Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnische Säuberungen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Sollte ein Staat dazu nicht fähig oder willens sein, so sei die UN berechtigt, diese Verantwortung wahrzunehmen – nach vorheriger Ausschöpfung der in der UN-Charta vorgesehenen friedlichen Maßnahmen

und stellen die Kommandostrukturen. Die UN-mandatierten sog. Stabilisierungsmissionen unter dem Kommando insbesondere der Nato, der USA und der EU sind darin nicht enthalten. Seit 1997 wurden auch die UN-Strukturen, die sich mit Friedensmissionen befassen, stark in Richtung Militarisierung verändert. Durchgängig ist dabei die personelle Besetzung von Schlüsselpositionen mit Absolventen US-amerikanischer Militärakademien sowie ehemaliger Nato-Beschäftigter.

Gemäß UN-Charta Kap. VIII ist die Beauftragung von Regionalorganisationen zulässig. In völliger Verkehrung einer Zielsetzung der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten werden zunehmend Organisationen (Nato, EU, Afrikanische Union AU) beauftragt, militärisch im Auftrag der UN zu agieren. Dass Militärbündnisse nicht plötzlich unter UN-Mandat zu Friedenstaben werden, sondern weiterhin ihre eigenen machtpolitischen und wirtschaftlichen Ziele weiterverfolgen, ist offenkundig.

Die UN-Militäreinsätze werden zunehmend zum großen Geschäft der Rüstungskonzerne. Dabei geht es um Rüstungsexporte, und das in bisher zum Teil unerschlossene Märkte (Türöffnerfunktion). Der Umfang der Beschaffungen für Friedenseinsätze unter UN-Kommando ist beständig angestiegen: 2006: 9,4 Mrd. US-Dollar; 2009: 13,8 Mrd. US-Dollar. Diesen Kuchen der direkten Rüstungsausgaben sowie der Aufwände für Trainingsmaßnahmen teilen sich zu 81% Rüstungsunternehmen aus Europa und Nordamerika.

#### UN-Mandat legitimiert keine Kriege

Diese Darstellung der Militarisierung der Vereinten Nationen soll keineswegs die Rolle und die Verdienste der UN mit ihren derzeit 192 Mitgliedsstaaten bei der Deeskalation von kriegerischen Auseinandersetzungen, bei der humanitären Betreuung von Kriegsflüchtlings und Hungernden und bei der Verbesserung der medizinischen Versorgung der Ärmsten der Welt schmälern.

Aber: Kriege werden auch durch UN-Mandat nicht legitim. Das UN-Mandat dient zunehmend dazu, Militäreinsätze zu legitimieren. Offenkundiges Ziel dieser Militäreinsätze ist: Sicherung der Handelswege und des Zugangs zu Rohstoffen, Beseitigung aller Regimes, die sich den Weisungen der Nato oder EU entziehen sowie das Fernhalten von Flüchtlingen.

Diese Problematik gilt es in der Friedensbewegung kritisch und solidarisch zu diskutieren, z.B. in der IG Metall. Entschließung 1 des 22. ordentlichen IG-Metall-Gewerkschaftstages 2011: „Die IG Metall lehnt militärische Interventionen ohne UN-Mandat als

Mittel der Konfliktlösung ab und fordert den Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan.“

Die Alternative zur Militarisierung der UN-Friedensbemühungen liegt in Friedensmissionen im ursprünglichen Sinne der UN-Charta und in der Beseitigung der Kriegsursachen. Der Zusammenhang von Ausbeutung, wirtschaftlicher Benachteiligung, Hunger und Perspektivlosigkeit auf der einen und kriegerischen Auseinandersetzungen auf der anderen Seite ist offenkundig. Die Millenniums-Entwicklungsziele der UN werden aufgrund zu geringer zur Verfügung gestellter Mittel bis 2015 deutlich verfehlt. Die

finanziellen Mittel sind international reichlich vorhanden, aber sie fließen zunehmend in Aufrüstung und den Aufbau von staatlichen Gewaltapparaten.

Wolfgang Erdmann, 28.2.2012

#### Quellen:

Thomas Mickan, Die UN und der neue Militarismus, Informationsstelle Militarisierung, Oktober 2011

IMI-Analyse 2011/032 vom 8.8.2011: Die „Responsibility to Protect – Kriegslegitimation unter Missbrauch der Menschenrechte“

Erhard Cromme (Hrsg.), Die UNO und das Völkerrecht in den internationalen Beziehungen der Gegenwart, 10/2011 (Paper der Rosa-Luxemburg-Stiftung)

## Der Streit um Spartengewerkschaften eskaliert

Es begann Ende Februar mit dem Streik von 200 Vorfeldlotsen, Flugzeugeinweisern und Verkehrsdisponenten auf dem Frankfurter Flughafen. 1200 Starts und Landungen wurden verhindert. Der Streik erzielte dennoch nicht die erhoffte Wirkung. Der Aufruf an die gleichfalls in der Gewerkschaft der Flugsicherung (GDF) organisierten Fluglotsen, mit Solidaritätsstreiks den gesamten Flugverkehr lahm zu legen, wurde auf Antrag von Lufthansa und Flughafenbetreiber Fraport vom Frankfurter Arbeitsgericht gestoppt, wegen „Unverhältnismäßigkeit“. Die Führung des Streiks der Vorfeldkontrolle wurde sodann gleichfalls vom Arbeitsgericht gestoppt wegen formaler Fehler der GDF im Zusammenhang mit der Einhaltung der Friedenspflicht bei laufendem Tarifvertrag.

Der Bundesvorstand der GDF hatte bereits am 25.2. seinen Mitgliedern in einem Mitgliederinfo mitgeteilt, dass seiner Meinung nach auch gewisse Großgewerkschaften im Hintergrund wohl ihre Fäden spinnen und in diesem Tarifkonflikt im Moment wohl gar keine Lösung gewünscht ist. Der GDF-Vorstand wies in diesem Zusammenhang seine Mitglieder auch darauf hin, dass der Arbeitsdirektor der Fraport AG, Herbert Mai, früher Chef der Gewerkschaft ÖTV war.

Die Auseinandersetzung eskalierte. Lufthansa und Fraport kündigten Schadensersatzklagen gegen die GDF in Millionenhöhe an. Die Gewerkschaft Verdi kündigt an, beim Nachgeben von Fraport gegenüber der GDF eigene Forderungen in gleicher Höhe für die übrigen von Verdi vertretenen Beschäftigten zu erheben.

Was fordert die GDF eigentlich? Es geht um erhebliche Einkommenserhöhungen, höhere Zulagen und geringere Arbeitszeiten. Die Gewerkschaft beschreibt das Volumen ihrer Gehaltsforderungen mit Einkommenserhöhungen zwischen 10 und 45 Prozent bezogen auf vier Jahre. Dabei würde

beispielsweise eine Erhöhung der Jahresbezüge eines Airport-Vorfeldlotsen von jetzt 55 000 € auf 76 000 € und eines Vorfeld-Arbeiters von jetzt 33 000 € auf 43 000 € herauskommen. Sie begründet ihre Forderungen unter anderem damit, dass mit der Eröffnung der vierten Landebahn in Frankfurt die Arbeit der Vorfeldkontrolleure wesentlich anspruchsvoller geworden sei.

Teile der „Linken“, wie verschiedene Trotskistengruppen oder auch die MLPD, haben sich zu hundert Prozent auf die Seite der Spartengewerkschaften geschlagen. Sie nennen sie jetzt „Basisgewerkschaften“. Die MLPD schreibt in ihrer Solidaritätsbekundung, wie selbst der „Große Nachfolger“ aus Nordkorea es nicht besser hätte sagen können: „Ihr könnt stolz sein, dass ihr Teil der aktuellen, großen Streikbewegungen in aller Welt seid – von Griechenland und Portugal bis Kasachstan und Australien. Zeigt nicht gerade eure Arbeit auf dem Flughafen in Frankfurt, wie eng die Welt heute zusammenrückt!“

Tatsächlich zeigen die Vorgänge rund um den Frankfurter Flughafen exemplarisch, was der Gewerkschaftsbewegung droht, wenn sich die Entsolidarisierungsstrategie von Spartengewerkschaften weiter entfalten kann. Grundsätze der Gewerkschaftsbewegung, wie „Wir lassen keinen zurück“ oder „Nur gemeinsam sind wir stark“ verblassen und verschwinden. Am Ende droht der Streik einer Gewerkschaft gegen die andere Gewerkschaft. Die nunmehr erneut aufkommenden Diskussionen um die Herstellung der Tarifeinheit per Gesetz sind wenig hilfreich, wenn sie sich nicht auf die Interessen der gesamten Belegschaft ausrichten. Letztlich darf nur der Souverän, nämlich die gesamte Belegschaft, und sei es per Mehrheitsentscheid, bestimmen können, ob und welche Gewerkschaft ihre Interessen vertreten soll.

Bruno Rocker

# Solidarität mit kurdischen politischen Gefangenen in der Türkei

*Informationsstelle Kurdistan (ISKU).* Seit dem 15. Februar 2012 befinden sich über 400 kurdische politische Gefangene in türkischen Gefängnissen in einem unbefristeten Hungerstreik. Unter ihnen sind auch die inhaftierten Abgeordneten der Demokratischen Friedenspartei BDP Selma Irmak, Ibrahim Ayhan, Gulser Yildirim sowie Faysal Sariyildiz.

Die Hungerstreikenden protestieren gegen die anhaltende Repressionswelle gegen kurdische PolitikerInnen, MenschenrechtlerInnen, AnwältInnen, FrauenrechtlerInnen und JournalistInnen. Seit den Kommunalwahlen 2009 wurden mehr als 6200 Menschen ohne haltbare juristische Grundlage inhaftiert.

Ein weiterer Anlass des Hungerstreiks sind die Haftbedingungen von Abdullah Öcalan. Die türkischen Behörden isolieren den führenden kurdischen Politiker seit über einem halben Jahr auf der Gefängnisinsel Imrali vollständig von der Außenwelt. Besuche durch AnwältInnen und Verwandte sind unmöglich.

Ein Dialog mit sämtlichen beteiligten Akteuren und Abdullah Öcalan als Verantwortlichem sei aber notwendig, so die politischen Gefangenen. Nur so könne eine friedliche Lösung der kurdischen Frage erreicht werden. Die Politik der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) zielt demgegenüber auf eine Eskalation des Konfliktes, der nur durch einen Dialog gelöst werden könne.

Vom 20. bis 22. Februar waren auch die 31 Abgeordneten der Parlamentsfraktion der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) im Hungerstreik. Für mehrere Tage beteiligen sich daran jetzt auch sämtliche BürgermeisterInnen der 99 von der BDP regierten Kommunen sowie GewerkschafterInnen der Dachverbände KESK und DISK. Die Co-Vorsitzende der BDP, Gültan Kisanak, erklärte dazu: „In der Hoffnung, dass diese Aktionen den Weg für eine friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage eröffnet, bekräftigen wir hiermit, dass wir unseren Kampf um Freiheit und Frieden fortsetzen werden. Es gibt keinen Zweifel daran, dass sowohl der demokratische Widerstand als auch die demokratische Opposition im Angesicht der wachsenden Repression zunehmen werden.“ In Strasbourg begannen 15 KurdInnen am Donnerstag dieser Woche aus Solidarität mit den politischen Gefangenen ebenfalls mit einem unbefristeten Hungerstreik vor dem Gebäude des Komitees zur Verhütung von Folter und unmenschlicher

oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT).

Die graue Eminenz der AKP, der Prediger Fethullah Gülen, hatte im Oktober 2011 zur Vernichtung der politisch tätigen KurdInnen aufgerufen. Seitdem ließ die Regierung Erdogan weitere 2 000 Menschen verhaften und spitzte den militärischen Konflikt mit der PKK unter Einbeziehung ziviler Opfer zu. Mehr als 41 ZivilistInnen starben in den letzten drei Monaten. Wiederholt setzt das türkische Militär Berichten zufolge Chemiewaffen ein. Die Fälle von Folter (2011 mehr als 1300) und extralegalen Hinrichtungen (2011 mehr als 30) haben in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen.

Es ist ein Trauerspiel, dass die Bundesrepublik und die EU eine Verteidigung von Menschenrechten immer dann ausblenden, wenn es um eigene Interessen geht. Der Grund hierfür in Bezug auf die kurdische Frage sind wirtschaftliche, militärische und strategische Ziele in der Region Mittlerer Osten. Es geht um die Sicherung der Ressourcen Öl, Gas und Wasser sowie um die Rolle der Türkei als „Energiedrehscheibe“ für die Region und als Nato-Partner mit der zweitgrößten Armee des militärischen Bündnisses.

Wir sind solidarisch mit den Forderungen der Hungerstreikenden. Nur ein Dialog zwischen sämtlichen beteiligten AkteurInnen – der türkischen Regierung, der BDP, der PKK sowie Abdullah Öcalan – kann in der kurdischen Frage zu einer friedlichen Lösung führen. Deshalb fordern wir die türkische Regierung auf, ihre auf Eskalation der Gewalt beruhende Politik zu beenden. Sämtliche politischen Gefangenen, einschließlich Abdullah Öcalan, müssen freigelassen werden, damit sofort mit einem Friedensdialog begonnen werden kann.

Die Bundesregierung ist gefragt, entsprechenden politischen Druck auf die türkische Regierung zu entfalten. Gleichzeitig muss die Repression gegen politische tätige KurdInnen in Deutschland beendet werden. Die Ermächtigungen des Justizministeriums für § 129b-Verfahren gegen KurdInnen müssen zurückgenommen werden. Das PKK-Verbot gehört abgeschafft.

*UnterzeichnerInnen: Heidrun Dittrich, Mitglied des Bundestags (MdB), Die Linke; Andrej Hunko, MdB, Die Linke; Ulla Jelpke, MdB, Die Linke; Ingrid Remmers, MdB, Die Linke; Harald Weinberg, MdB, Die Linke; Ali Atalan, Mitglied des Landtags (MdL) NRW, Die Linke; Bärbel Beuermann, MdL NRW, Die Linke; Barbara Cárdenas, MdL Hessen, Die Linke; Cansu Özdemir, Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft, Die Linke; Marion Padua, Stadträtin Nürnberg, Linke Liste; Yilmaz Kaba, Landesvorstand Die Linke Niedersachsen; Martin Dolzer, Soziologe; Prof. Dr. Werner Ruf, Friedensforscher.*

## ILO für Regulierung der Finanzmärkte

Die Arbeitslosigkeit hat in Europa mit 45 Millionen Erwerbslosen ihren Höchststand erreicht, wie der neue Beschäftigungsbericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) feststellt. Durch die weltweit anhaltende Wirtschafts- und Finanzkrise dürften die Zahlen um weitere Millionen steigen. In der Produktion müssten in den nächsten zehn Jahren weltweit mindestens 600 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden, um die Arbeitslosigkeit zu senken. Dafür sei eine Regulierung der Finanzmärkte notwendig, erklärt die ILO in ihrem Bericht.

Quelle: [www.ilo.org](http://www.ilo.org)

## Griechenland: Generalstreiks für Erhalt des Tarifrechts

Mit zwei Generalstreiks haben sich die Erwerbstätigen Anfang Februar gegen die Zerschlagung des Tarifrechts in Griechenland gewehrt. Einem eintägigen Generalstreik am 7. Februar folgte ein zweitägiger in derselben Woche. Die Gewerkschaftsdachverbände GSEE (private Wirtschaft) und ADEDY (öffentlicher Dienst), die zusammen etwa die Hälfte der gut fünf Millionen Erwerbstätigen vertreten, haben weitere Aktionen angekündigt. Sie wehren sich gegen die Übereinkunft der griechischen Regierung mit EU, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds, im Gegenzug für ein neues Kreditprogramm die Löhne des landesweiten Tarifvertrags um 22 Prozent zu senken.

Quelle: Verdi public 1/2012

## Israel: Festangestellten erstreiken Verbesserungen für Leiharbeiter

250 000 Leiharbeiter gibt es in Israel, die meisten davon sind im öffentlichen Sektor tätig: Sie sind Putzfrauen, Handwerker, Sicherheitsleute, aber auch Lehrer, Erzieher, Sozialarbeiter. Die Arbeitsbedingungen für einen Großteil der Leiharbeiter werden sich aufgrund der Einigung zwischen dem Gewerkschaftsdachverband Histadruth und Finanzministerium zukünftig verbessern. Das ist das Ergebnis eines Generalstreiks, der fünf Tage lang, ab dem 8. Februar, einen Großteil der öffentlichen Einrichtungen lahm legte. Doch der Streik hat die Lage der Leiharbeiter ins Bewusstsein befördert. Und erste Ergebnisse mitgeliefert: Es wurde ein Mindestlohn für Putzfrauen, Sicherheitsleute und Handwerker eingeführt. Außerdem erhält jede und jeder 20 Prozent mehr im Monat. Hinzu kommt ein Paket zur sozialen Absicherung. Die Leiharbeitsfirmen, die in der vergangenen Woche noch mit Kündigung gedroht hatten, falls die Mitarbeiter streiken sollten, müssen

die Gewerkschaftstätigkeit erlauben.  
Quelle: [www.neues-deutschland.de](http://www.neues-deutschland.de), 17.2.2012

## Niederlande: Streik der Reinigungskräfte

Tausende von Reinigungskräften, Mitglieder der Gewerkschaft FNV Bondgenoten, sind aufgestanden, um gegen ihre Unsichtbarkeit in der Gesellschaft zu protestieren. Sie sind seit mehr als 30 Tagen im Streik, um Respekt und faire Bezahlung für ihren Job zu fordern. Die Arbeit der Reinigungskräfte ist wichtig. Die Reinigungskräfte verlangen keine Millionen oder große Reichtümer. Sie wollen nur ganz normale Dinge, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, genug Zeit für ihren Job, Sicherheit für Zeitarbeiter und eine faire Bezahlung, um ihre Familien versorgen zu können. Große vermögende Kunden wie Philips, ING, Ahold, holländische Regierungsministerien, Steuerbehörden und Universitäten erwarten Wunder für unmöglich billige Reinigungsverträge. Die FNV Bondgenoten-Mitglieder brauchen Unterstützung. Die Reinigungskräfte bitten um Unterstützung in Form von Nachrichten an ihre Arbeitgeber und die wichtigsten Klienten. Die Reinigungskräfte wenden sich an ihre Freunde auf der ganzen Welt mit der Bitte, sie in ihrem Aufstand der Unsichtbarkeit zu unterstützen. Der Preis der Auslagerung ist der gleiche auf der ganzen Welt: er hat negative Effekte auf die Qualität, die Gesundheit und das Wohlergehen. Die Reinigungskräfte der Niederlande, welche ihre Wurzeln in allen Ländern der Welt haben, stehen auf und sprechen laut und klar: Schoongenoe (genug gereinigt). Gewerkschaften aus aller Welt haben sich zusammengeschlossen, um die holländischen Reinigungskräfte der FNV Bondgenoten Trade Union zu unterstützen. Über 9 000 Menschen haben inzwischen eine Petition unterzeichnet.

Quellen: <http://www.labourstart.org/>, <http://www.uniglobalunion.org/>, 20.2.2012

## Internationale Transportarbeiter fordern: Stoppt Nespersionen!

Die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF), der viele Mitglieder angehören, die im Transport und in der Auslieferung von Nestlé-Produkten beschäftigt sind, hat Nestlé aufgefordert, den Verletzungen der Gewerkschaftsrechte in Indonesien und Pakistan ein Ende zu setzen. In einem Schreiben an Nestlé-CEO Paul Bulcke vom 7. Februar bringt der ITF-Generalsekretär David Cockcroft die Besorgnisse der Organisation über die beiden Konflikte zum Ausdruck. „Die uns angeschlossenen Gewerkschaften verfolgen diese Arbeitskonflikte aufmerksam“, schreibt Cockcroft, „und

zeigen sich verärgert, dass das Management der Fabrikanlage in Panjang trotz eines laufenden Schlichtungsverfahrens willkürlich und scheinbar aus Rache 53 Mitglieder der SBNIP entlassen hat.“

„Darüber hinaus verurteilen sie die kontinuierliche Vorgehensweise des Managements in der Kabirwala-Fabrik in Pakistan, mit der die Rechte der Gewerkschaft und ihres Vorsitzenden, die mit der Vertretung der zahlreichen Vertragsbeschäftigten betraut sind, untergraben werden sollen. Es beunruhigt sie, dass sich das Management hartnäckig weigert, gerichtliche Anordnungen zu befolgen, über einhundert Vertragsarbeitskräfte gekündigt hat, gegen viele von ihnen unter Berufung auf falsche Anschuldigungen rechtliche Schritte eingeleitet hat, und nun Festanstellungen für Beschäftigte geschaffen hat, die der Gewerkschaft nicht beigetreten sind und ihre Bemühungen um Festanstellungen für langfristig beschäftigte Vertragsarbeiter/innen nicht unterstützt haben.“

Die ITF fordert Nestlé auf, „zur Beilegung dieser lange andauernden Arbeitskonflikte konkrete und unverzügliche Maßnahmen zu ergreifen. Wir drängen darauf, dass alle entlassenen SBNIP-Mitglieder bedingungslos und mit sofortiger Wirkung wiedereingestellt werden. Die Geschäftsleitung in Pakistan sollte alle Vorwürfe gegen die Vertragsbeschäftigten in Kabirwala fallen lassen, die entlassenen Mitarbeiter/innen wieder einstellen.“

Quelle: <http://cms.iuf.org>, 13.02.2012

## Indien: Textilarbeiterinnen kämpfen

S. Oliver, Tom Tailor, O'Neil und Marco Polo – das sind die Marken in der BRD, für die das Unternehmen Unitex Exports im südindischen Ambatur bei Chennai in der Sonderwirtschaftszone produziert. Produziert hat, wenn es nach den Eigentümern des Unternehmens geht. Denn diese hatten im November 2011 das Werk kurzerhand geschlossen und 30 Kilometer weiter ein neues aufgemacht, viel größer: 750 statt 120 Arbeiterinnen. Der Grund für diesen plötzlichen Umzug heißt GAFWU, die Gewerkschaft, in der sich die Frauen (ein Mann arbeitet ebenfalls da) organisiert hatten, alle. Ihr Hauptziel: Sie wollen endlich die Erhöhung der Mindestlöhne erhalten, die ihnen eigentlich seit 2005 zusteht. Zu dieser Zahlung war das Unternehmen gerichtlich und von den Arbeitsbehörden verurteilt worden. Die GAFWU gehört dem parteiunabhängigen Verband NTUI an, der zusammen mit allen anderen indischen Gewerkschaftsföderationen der Region mehrere große Protest- und Solidaritätsaktionen organisiert hat, die nicht verhindert werden konnten – und von den europä-

ischen Partnerunternehmen nicht zur Kenntnis genommen wurden, weshalb NTUI und GAFWU jetzt zur internationalen Solidarität aufrufen.

Quellen: „Appeal for support and solidarity for garment workers at Unitex Exports, Chennai“ vom 20. Februar 2012, <http://www.labournet.de/internationales>, <http://ntui.org.in>

## Kambodscha: Streik bei Puma-Zulieferer

Mindestens drei Arbeiterinnen sind am 20. Februar bei Protesten vor einem kambodschanischen Zulieferbetrieb des Sportartikelherstellers Puma angeschossen worden. Ein unbekannter Mann habe das Feuer auf die Frauen eröffnet, sagte der Polizeichef der Ortschaft Bavet in der Provinz Svay Rieng, Keo Kong. Eine der Arbeiterinnen in dem kambodschanischen Werk sei schwer verletzt worden. Die taiwanische Firma Kaoway Sports stelle Schuhe für Puma her, berichtete die Zeitung „Phnom Penh Post“. In dem kambodschanischen Werk streiken nach den Medienangaben rund 1 000 Beschäftigte. Kambodschanische Menschenrechtsgruppen hatten zuletzt beklagt, dass vermehrt Waffengewalt gegen Protestierende eingesetzt worden sei.

Quelle: [derstandard.at](http://derstandard.at), 20.2.2012

## Apple China: Unmenschliche Arbeitsbedingungen

Apple soll für die unmenschlichen Arbeitsbedingungen und eine Serie von tödlichen Arbeitsunfällen bei seinen Auftragsherstellern in China mitverantwortlich sein. Das berichtet die „New York Times“ unter Berufung auf den früheren Foxconn-Manager Li Mingqi, der bis April 2011 bei dem Unternehmen tätig war. Li, der Foxconn wegen seiner Entlassung verklagt, war in der Leitung einer Foxconn-Fabrik in Chengdu, wo bei einer Explosion im Mai 2011 drei Menschen starben und 15 verletzt wurden. Auch ehemalige Apple-Manager haben sich entsprechend geäußert, Apple reagiert auf einen Enthüllungsbericht der „New York Times“ und ordnet eine Überprüfung von Foxconn an. Apple hat sich an die Fair Labor Association (FLA) gewandt, damit diese „spezielle Untersuchungen“ bei den Endmontagezulieferern Foxconn in Shenzhen und Chengdu und anderen Unternehmen durchführt. In der South China Morning Post schrieb Li Qiang, Gründer und Direktor von China Labour Watch, in einem offenen Brief an Cook: „Wir glauben, es geht nicht nur um ein paar ‚faule Äpfel‘ in der Lieferkette, sondern um ein tief sitzendes Problem im Geschäftsmodell Ihres Unternehmens.“

Quellen: Labournet, <http://www.greencomputingportal.de>

## Kunstaktion gegen Waffenhandel

BERLIN. Mit 100 Großballons in der Form von Bomben machte die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ am Sonntag, den 26. Februar, auf der Wiese vor dem Deutschen Bundestag auf den Skandal des deutschen Waffenhandels aufmerksam. Die Kampagne gegen den Waffenhandel fordert am bundesweiten Aktionstag: – Ergänzung von Artikel 26 (2) des Grundgesetzes – für ein grundsätzliches Rüstungsexportverbot! – Keine Leopard-2-Panzer für Saudi-Arabien – für Menschenrechte statt Unterdrückung der Demokratiebewegung! – Keine Waffenlieferungen an Griechenland – für Aufbauhilfen statt Verarmung durch Rüstungs-

geschäfte! Nach Informationen der Kampagne hat sich das Volumen von Rüstungsexporten aus Deutschland in den vergangenen zehn Jahren versechsfacht. 2010 wurde der Waffenhandel auf die neue Rekordmarke von 2,1



Milliarden Euro gesteigert. Deutschland ist inzwischen Europameister beim Rüstungsexport. „Der Export von Kriegswaffen und Rüstungsgütern muss grundsätzlich verboten werden, weil er Konflikte anheizt. Deutsch-

land sollte sich erinnern, was es heißt, wenn im eigenen Land Waffengewalt herrscht“, sagt Christine Hoffmann, Generalsekretärin von pax christi Deutschland. Die Kampagne fordert alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien auf, ein Rüstungsexportverbot in ihren Parteiprogrammen festzuschreiben und der entsprechenden Änderung des Grundgesetzes zuzustimmen. Dies wäre ein entscheidender Schritt auf dem Weg zum Stopp des Waffenhandels. [www.aufschrei-waffenhandel.de](http://www.aufschrei-waffenhandel.de), Foto: Mathias Rebmann

## Demonstrationen gegen Atomkraft am 11. März

HANNOVER. Am 11. März jährt sich die Katastrophe von Fukushima zum ersten Mal. Anlass für große Demonstrationen und Kundgebungen gegen Atomkraft. An den Atomkraftwerken Brokdorf, Gundremmingen, Neckarwestheim und an der Urananreicherungsanlage in Gronau wird protestiert. Zudem findet zwischen der Asse, Braunschweig und Schacht Konrad eine Lichterkette statt. In Hannover wird gegen den Weiterbetrieb des AKW Grohnde protestiert. [www.fukushima-2012.de](http://www.fukushima-2012.de)

## Im Mai europäische Massenproteste gegen Verarmungspolitik

FRANKFURT A.M. Die 400 TeilnehmerInnen der Europäischen Aktionskonferenz vom 24. – 26. Februar in Frankfurt a.M. haben beschlossen, vom 17. bis zum 19. Mai zu Tagen des Protestes gegen das Krisenregime der Europäischen Union aufzurufen: „Wir wehren uns gegen die Verwüstung Griechenlands und anderer Länder, gegen die Verarmung und Entrechtung von Millionen und die faktische Abschaffung demokratischer Verfahren in der Folge von Beschlüssen der Troika (EZB, EU und IWF).“ [www.european-resistance.org](http://www.european-resistance.org)

## Aufruf gegen Abschiebung von Roma in den Kosovo

STUTTGART. 2500 Menschen aus dem pädagogischen Bereich haben in den letzten Wochen den „Aufruf gegen Abschiebung von Roma in den Kosovo“ unterschrieben, darunter 200 Professor/innen und Lehrende von Hochschulen und Universitäten und sowie VertreterInnen von Verbänden und Netzwerken, haben einem Aufruf gegen die Abschiebung von Roma in den Kosovo unterschrieben, darunter auch der Landesjugendring Baden-Würt-

temberg. Der Aufruf des landesweiten Netzwerkes rassismuskritische Migrationspädagogik fordert die Landesregierung in Baden-Württemberg auf, die Abschiebungen von Roma in den Kosovo aus historischen, grund- und menschenrechtlichen sowie pädagogischen Gründen endgültig zu stoppen und insbesondere für langzeitgeduldete Kinder und ihre Familien ein dauerhaftes Bleiberecht zu ermöglichen. In den nächsten Jahren sollen in Folge des Kosovo-Rückübernahmeabkommens von April 2010 alleine in Baden-Württemberg über 1 000 langzeitgeduldete Roma, darunter viele Kinder in den Kosovo abgeschoben werden, bundesweit sind es über 10 000. Die Landesregierung hat im August 2011 diese Abschiebungen vorübergehend ausgesetzt. In den nächsten Wochen soll entschieden werden, ob wieder aus Baden-Württemberg abgeschoben wird. Da die Entscheidung in Baden-Württemberg sicher auch bundesweite Signalwirkung haben wird, hat die GEW Berlin beschlossen, den Aufruf „PädagogInnen gegen Abschiebung von Roma in den Kosovo“ zu unterzeichnen und ihre Mitglieder aufzufordern, mit ihrer Unterschrift ebenfalls das Anliegen zu unterstützen. [www.ljrbw.de](http://www.ljrbw.de), [www.gew-berlin.de](http://www.gew-berlin.de)

## Für Bewegungsfreiheit für alle

POTSDAM. Rund 200 Menschen haben am vergangenen Mittwoch vor dem Brandenburger Landtagsgebäude in Potsdam gegen staatlichen Rassismus demonstriert. Die TeilnehmerInnen bekundeten damit ihren Unmut über den Bau eines Abschiebegefängnisses für Flüchtlinge auf dem Gelände des neuen Berlin-Brandenburger Großflughafens BBI. Zweck dieser Einrichtung ist es, mit dem Flugzeug einreisende Flüchtlinge im Rahmen einer extrem kurzen „Prüfung“ ihres Asylbegehrens binnen weniger Tage

nach ihrer Einreise wieder abschieben zu können. Diese euphemistisch „Flughafenschnellverfahren“ genannte Praxis wird an einigen Flughäfen Deutschlands bereits angewandt und soll mit dem geplanten Neubau weiter zementiert werden ... Anfang Februar hatten die Berliner Grünen endlich eine Bundesratsinitiative angestrengt, die eine Einführung des „Flughafenschnellverfahrens“ verhindern soll. Wahrscheinlich wird sich auch die Brandenburger Regierung an dieser Initiative beteiligen. Vom antirassistischen „Bündnis gegen Lager“ wurde in einem Redebeitrag aber darauf hingewiesen, dass währenddessen der Bau des Knasts nicht eingestellt wird.

[www.infortiot.de](http://www.infortiot.de)

## Internationale Wochen gegen Rassismus 2012

BERLIN. Der Interkulturelle Rat, PRO ASYL und der Verein „Mach' meinen Kumpel nicht an“ rufen deshalb in einer gemeinsamen Erklärung dazu auf, sich aktiv gegen Rassismus und Diskriminierung zu stellen. Sie regen an, sich während der Internationalen Wochen gegen Rassismus vom 12. bis 25. März durch Aktionen mit den Gegnern und Opfern von Rassismus zu solidarisieren. Möglich seien Diskussionsveranstaltungen mit politisch Verantwortlichen, Stadtteilfeste, Menschenketten und Gedenkveranstaltungen an Orten, die zur Zielscheibe rassistischer Gewalt geworden sind oder Solidaritätsaktionen mit Flüchtlingen und Geduldeten. Empfohlen wird auch, sich an der Aktion „5 vor 12“ zu beteiligen, mit der die Türkische Gemeinde in Deutschland dazu aufruft, am 21. März – dem Internationalen Tag gegen Rassismus – in Schulen, Betrieben und der Öffentlichkeit viele Zeichen gegen Rassismus zu setzen. Von der Bundesregierung erwarten die Herausgeber der Erklärung, dass sie die

Zivilgesellschaft in diesem Engagement unterstützt und sich ihrer eigenen Verantwortung stellt. Als Beispiele für fortbestehende ausgrenzende Strukturen in der Gesetzgebung verweisen sie auf die Isolierung von Schutzsuchenden in Sammellagern, auf ihre Diskriminierung durch das sogenannte „Asylbewerberleistungsgesetz“ sowie auf Einschränkungen beim Familiennachzug und beim Zugang zum Arbeitsmarkt. Solche Ausgrenzungen von Flüchtlingen und Migranten bestärken all jene, die über „zu viele Ausländer“ in Deutschland klagen. [www.interkultureller-rat.de](http://www.interkultureller-rat.de)

## Konferenz der Flüchtlingsräte aller Bundesländer

KIEL. Die Konferenz der Landesflüchtlingsräte einigte sich auf drei Hauptforderungen bezüglich Bleiberechtsregelung für Jugendliche, Rücknahmeabkommen mit Syrien und Situation der Hildesheimer Flüchtlingsfamilie Salame. Flüchtlingsräte fordern die Erweiterung einer bis jetzt unzureichenden Bleiberechtsregelung für Jugendliche zu einer effizienten stichtagsungebundenen Regelung für alle Flüchtlinge. Mit Blick auf die Lage in Syrien wird die Aufkündigung des deutsch-syrischen Rücknahmeabkommens gefordert. Die Flüchtlingsräte fordern ein Ende des seit Jahren gegen die Mitglieder der Hildesheimer Flüchtlingsfamilie Siala/Salame vollstreckten Verwaltungsmissbrauchs. Anlässlich ihrer zweitägigen Konferenz im Kieler Rathaus am 23. und 24. Februar stellen die Flüchtlingsräte aller Bundesländer dringende politische Handlungsbedarfe zum Schutz von Asylsuchenden und Flüchtlingen in Deutschland fest. Einmal jährlich treffen sich Delegierte der Flüchtlingsräte an wechselnden Orten und konferieren über aktuelle flüchtlingspolitische Bedarfe und verabreden gemeinsame Strategien bei Kampagnen und Lobbyarbeit. [www.nds-fluerat.org](http://www.nds-fluerat.org)

## Kritik an Niebels Bildungsstrategie für arme Länder

BERLIN. Die Globale Bildungskampagne Deutschland, ein Bündnis von zehn deutschen Nichtregierungsorganisationen, kritisiert die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vorgestellte Strategie zur Förderung von Bildung in armen Ländern. Unter dem Titel „Zehn Ziele für mehr Bildung. BMZ-Bildungsstrategie 2010-2013“ kündigte der Entwicklungsminister an, Bildung als Schlüsselbereich der deutschen Entwicklungspolitik zu verankern. „Herr Niebel muss in den kommenden Monaten noch beweisen, ob es bei öffentlichkeitswirksamen

Ankündigungen bleibt, oder ob das BMZ seine Anstrengungen wirklich signifikant erhöht, um bis 2013 Millionen von Kindern das Recht auf gebührenfreie und gute Grundbildung zu ermöglichen“, so Maren Jesaitis, Koordinatorin der Globalen Bildungskampagne Deutschland. Unklar sei, wie die Strategie finanziert werden soll. Der BMZ-Etat für 2013 wird vermutlich um 581 Millionen Euro schrumpfen. Die Mittelerhöhungen für Bildung dürften aber auf keinen Fall zulasten anderer wichtiger Bereiche wie Gesundheitsfürsorge oder ländliche Entwicklung gehen. [www.bildungskampagne.org](http://www.bildungskampagne.org)

## Demonstrationen und Blockaden in Dresden 2012 möglich

DRESDEN. Sowohl am Montag, 13. Februar 2012, als auch Samstag, 18. Februar 2012, waren in diesem Jahr ungehinderte Versammlungen und Blockaden in Dresden möglich. Dies ist erst vor dem Hintergrund der letzten Jahre, insbesondere der Ereignisse im letzten Jahr, eine besondere Erfahrung. Im Herbst letzten Jahres haben wir vom Komitee für Grundrechte und Demokratie eine Untersuchungskommission initiiert, um die Vorgänge um den 19. Februar 2011 aufzuklären und demokratisch-menschenrechtlich zu bewerten. Den Bericht haben wir Anfang Februar veröffentlicht. Das zentrale Ergebnis ist, dass die Grundrechte auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit in Dresden 2011 nicht geachtet wurden. Auch deswegen haben wir dieses Jahr die Demonstrationen am 13. und 18. Februar beobachtet. Am Montag konnten wir dabei sehen, dass endlich das Grundrecht auch in Dresden geachtet wurde. Das erste Mal konnte der „Täterspaziergang“ stattfinden. Bürger und Bürgerinnen blockierten später Straßen und Kreuzungen, um NPD und Kameradschaften an ihrem angekündigten Fackelmarsch zu hindern. Die Polizei hatte endlich gelernt, dass auch solche Versammlungen unter dem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit stehen. Meistens hielt sie sich zurück. Aber wir würden auch hier bemängeln, dass Pfefferspray keine zulässige Waffe im Kontext von Versammlungen ist und dass noch immer unnötig viel videoografiert wurde. Gleichzeitig konnte auch die NPD in beschränktem Maße ihr Recht auf Versammlungsfreiheit wahrnehmen. [www.grundrechtekomitee.de/](http://www.grundrechtekomitee.de/)

## „Beyond 2015“ – wie weiter mit den Millenniumsentwicklungszielen?

BERLIN. In drei Jahren endet die Frist zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG). Absehbar ist, dass die acht MDG bis 2015 nicht in allen Ländern realisiert werden können. In den verbleibenden drei Jahren

müssen die Anstrengungen im Süden wie im Norden verstärkt werden, um noch weitere Fortschritte bei den MDG zu erzielen. Zugleich nimmt die Frage, wie es nach 2015 mit den MDG weiter geht, an Dringlichkeit zu. Entsprechen die Ziele noch den heutigen globalen Herausforderungen oder müssen sie erweitert bzw. ersetzt werden? Wie können die Schwachstellen des MDG-Konzepts, etwa die Beschränkung auf quantitative Zielvorgaben, die fehlende Thematisierung von Herrschaftsverhältnissen, den unzureichenden Bezug auf die Menschenrechte und schwammige Zielvorgaben für die Industrieländer, bei einer neuen „Post 2015-Agenda“ mit entsprechenden Zielvorgaben und Indikatoren berücksichtigt werden? Wie sollte der Prozess der MDG-Weiterentwicklung strukturiert werden, um eine größtmögliche Partizipation von Parlamenten, Zivilgesellschaft und der von Armut betroffenen Bevölkerungsgruppen zu sichern und auszubauen? Wie ist der aktuelle Stand der internationalen Debatte über eine „Post 2015-Agenda“? Welche Beiträge sollten Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft in Deutschland dazu leisten? Wie kann diese Agenda mit den Zielen einer globalen nachhaltigen Entwicklung im Kontext der Rio+20-Konferenz 2012 zusammengedacht und zusammengebracht werden? – Diese Themen stehen im Mittelpunkt eines Fachgesprächs, das vom GIGA German Institute of Global and Area Studies Berlin-Büro und dem Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (Venro) gemeinsam ausgerichtet wird: Bilanz und Perspektiven globaler Entwicklungsziele am 21. März 2012 in Berlin. [www.venro.org/](http://www.venro.org/)

## Tausende demonstrierten gegen ACTA

MANNHEIM. „Für ein freies Internet“ oder „Acta muss weg“ skandierten die Demonstranten. Piratenpartei, Grüne Jugend, Jusos und Linksjugend werteten die Demonstration am 11. Februar gegen das umstrittene Handelsabkommen als vollen Erfolg. Schon am Vortag war bekannt geworden, dass die Bundesregierung das Abkommen – vorerst – nicht ratifizieren möchte. „Offensichtlich haben die Verantwortlichen in Berlin kalte Füße bekommen, unser Protest zeigt also Wirkung“, so Johannes Knopp, Vertreter der Piratenpartei. Dass die Bürger sich von solchen Manövern nicht täuschen lassen, zeigt die massive Teilnahme von über 150 000 Teilnehmern an über 60 Demonstrationsmärschen in ganz Europa. „Die Formulierung ‚vorerst‘ reicht nicht. Wir setzen uns dafür ein, dass das Abkommen endgültig nicht unterschrieben wird.“

[www.kommunalinfo-mannheim.de](http://www.kommunalinfo-mannheim.de)

# Grün-rote Landesregierung hat Schwierigkeiten mit dem ländlichen Raum

Nur ein Verwaltungsstreit, Ungeschicklichkeiten von Anfängern, aufgebauscht von der Opposition, die sich so was nicht entgehen lässt? Sicher auch all das schwang mit, als die grün-rote Landesregierung bei ihrem Plan, alle Regierungspräsidenten durch eigene Parteigänger zu ersetzen, auf heftigen Widerstand stieß und schließlich teilweise zurückruderte. Selbst grüne Oberbürgermeister hatten Unverständnis geäußert und sich für „ihre“ Regierungspräsidenten eingesetzt. Jetzt muss einziehen (der Freiburger Regierungspräsident Würtenberger), der Beamte in Karlsruhe wollte altershalber sowieso aufhören, die Regierungspräsidenten in Stuttgart (Schmalzl, FDP) und Tübingen (Strampfer, CDU) bleiben.

Vordergründig ging es um die Frage, ob die Landesverwaltung eine Mittelebene wie die Regierungspräsidien (anderswo heißen sie Bezirksregierungen oder ähnlich) überhaupt braucht – in der Bundesrepublik sind da verschiedene Wege eingeschlagen worden. Von den „großen“ Flächenländern haben sich Nordrhein-Westfalen, Bayern, Hessen,

Sachsen und bislang Baden-Württemberg für eine solche Behördenstruktur entschieden, Niedersachsen hat sie vor einigen Jahren abgeschafft, allerdings bei Polizei und Schulverwaltung beibehalten. Man könnte nun lange diskutieren, ob eine solche Abschaffung der Regierungspräsidien die Landkreise und Kommunen stärkt, weil diese dann über Angelegenheiten entscheiden, die bislang Sache der Regierungspräsidien waren, oder ob eine Zentralisierung eintritt, weil alles direkt von „Stuttgart“ angeordnet wird.

Die Brisanz der Auseinandersetzung liegt aber nicht darin, diese Diskussion gibt es seit Jahrzehnten. Der Ärger, den sich Grün-Rot eingehandelt hat, kommt auch nicht nur aus dem Widerspruch zwischen moralischem Anspruch und Wirklichkeit: die Kritik an Postenschiebereien und Versorgungsmentalität, die in Oppositionszeiten gegenüber der Jahrzehnte regierenden CDU erhoben wurde, ist noch allen gut in Erinnerung. Die Auseinandersetzung um die Regierungspräsidenten deutet vielmehr auf eine Konzeptionskrise von Grün-Rot in

Baden-Württemberg hin.

Diese Konzeptionskrise rührt aus einem fehlenden Verständnis für das Verhältnis der städtischen Ballungsräume zum sogenannten ländlichen Raum. Baden-Württemberg hat aufgrund seiner Geschichte keine ausgeprägte Zentralität, es ähnelt eher einem Netzwerk mit Knoten. Zwar ist die Region Stuttgart der wirtschafts- und bevölkerungsstärkste Raum, aber das ist nicht die Stadt Stuttgart, sondern die Region, mit einem Kranz von selbständigen und selbstbewussten Städten. Außerdem gibt es noch Mannheim (das wiederum länderübergreifend mit Ludwigshafen die Region Rhein-Neckar bildet), Karlsruhe, Freiburg (länderübergreifend Teil des Großraums Basel) usw.

Sicher sind die heute existierenden Verwaltungseinheiten nicht optimal. Nur ein Beispiel: Tübingen und Stuttgart sind Teil derselben Metropolregion und ergänzen sich gegenseitig mit ihren Strukturen – Universität und Industrie – eigentlich sehr gut, aber Tübingen gehört zu einem anderen Regierungsbezirk als die Landeshauptstadt. Damit

## Die Schweiz – ein städtebauliches Portrait

Die Schweiz. Ein städtebauliches Portrait. 3 Bände, 1015 Seiten. Birkhäuser Verlag für Architektur, 2006, 49,90 Euro

An der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) Studio Basel wurde Anfang der 2000er Jahre ein großangelegtes Projekt „Die Schweiz – ein städtebauliches Portrait“ durchgeführt unter der Beteiligung der international bekannten Architekten und Stadtplaner Roger Diener, Jacques Herzog, Marcel Meili, Pierre de Meuron und Christian Schmid. Außerdem waren rund einhundertsechzig Studierende der Architektur an der Materialsammlung und Auswertung beteiligt. Das Ergebnis ist in drei jeweils reichlich bebilderten Bänden veröffentlicht, eine Einführung mit Gesprächen und theoretischen Erörterungen; ein Geschichtsband, der erläutert, warum die Schweiz so geworden ist wie sie ist, und ein Materialband mit der Darlegung der einzelnen Untersuchungen für verschiedene Typen von Regionen.

Üblich werden die Agglomerationen als Umkreis von Städten bestimmt bzw. Urbanisationszonen über die Pendlerströme bestimmt – alles andere ist dann „ländlicher Raum“. Die Untersuchung der ETH hat neben den Pendlern weitere Indikatoren dazu genommen: Der Anteil von Englisch im Erwerbsleben,

eine Größe, die zwischen fünf Prozent in der Peripherie und 25% in Metropolregionen und international ausgerichteten Tourismusregionen („Resorts“) schwankt. Die Topografie wurde nach Höhenstufen berücksichtigt, sicherlich sinnvoll, denn in Bergregionen ist eine urbane Siedlungsstruktur und die Vernetzung beschränkt. Außerdem wurden berücksichtigt: Branchenstruktur, Bevölkerungsstruktur und -entwicklung, landwirtschaftliche Haupterwerbsbetriebe, Logiernächte und Gemeindegrößen. Daraus wurden fünf „Urbanisierungstypen“ destilliert:

**Metropolregionen**, städtische Ballungsräume mit internationaler Vernetzung, Knoten im globalen Netz von Austausch- und Kommunikationsbeziehungen. In der Schweiz sehen die ETH-Forscher drei solche Metropolregionen: Zürich als internationaler Finanzplatz; das ebenfalls global ausgerichtete Genf, mit den internationalen Organisationen, Finanzgeschäften für die Superreichen und einer spezialisierten Luxusgüterindustrie. Die dritte Region überschreitet auch die Landesgrenzen: So ist die Metropolregion Basel eigentlich eine Metropolregion Basel (Schweiz) – Mulhouse

(Frankreich) – Freiburg (Deutschland), diese Region hat sich aus einem industriellen Standort entwickelt zu einem Standort international agierender Konzerne mit entsprechender Verwaltung, aber auch Forschung und Entwicklung. Sozial kennzeichnend sei für diese Regionen ein hohes Maß an Differenzen, die produktiv sind, soweit sie Weltläufigkeit und Offenheit hervorrufen, die aber auch bisweilen explosive Konflikte beinhalten.

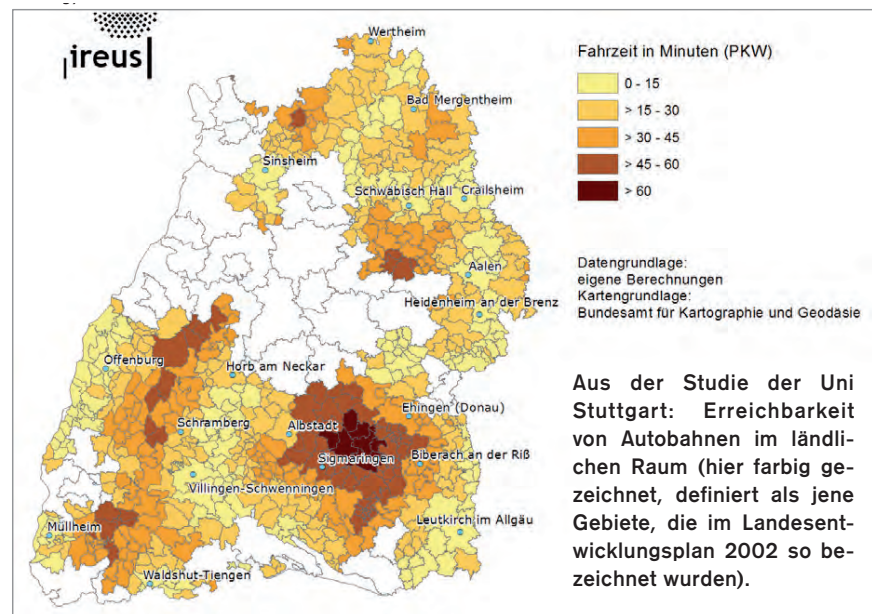
Der zweite Typus ist das **Städtenetzwerk**. Das sind kleinere und mittlere Zentren außerhalb des Einzugsgebiets der Metropolregionen. Sie sind regional bis national ausgerichtet und stellen tatsächliche Netzwerke dar mit Komplementaritäten bei Wirtschaft, Kultur, Bildung, Konsum und Verwaltung. Dazu gehören die Bodenseeregion (auch hier grenzüberschreitend hinein nach Baden-Württemberg, Österreich und Lichtenstein). Weitere solche Städteternetze bilden sich rund um Bern, Luzern, im Wallis und im Tessin, bei letzterem mit Anschluss an die norditalienischen Städte Como und Varese. Bei diesen Städteternetzen sehen die ETH-Forschungen beträchtliche Zukunftstri-

ist eine Verständigung zwischen diesen Städten über zwei Regierungspräsidien sicher beschwerlich.

Aber nicht nur die anderen Ballungsräume leisten erheblichen Widerstand, wenn sie eine Verschiebung der Gewichte zugunsten „Stuttgarts“ vermuten. Auch das, was zwischen den Knoten liegt, der ländliche Raum, ist in Baden-Württemberg historisch und aktuell von erheblicher Bedeutung und hat politisches Gewicht. Immerhin leben etwas mehr als 3,5 Millionen Einwohner (rund 34% der Bevölkerung) im ländlichen Raum, ein Anteil, der sich in den letzten fünfzehn Jahren nur wenig verändert hat.

#### Exkurs: Was ist ländlicher Raum?

In den neueren Theorien zur Stadtplanung und Raumentwicklung spielt der ländliche Raum in den Industriegesellschaften kaum eine Rolle, in der Planungspraxis schon eher. Für Baden-Württemberg gibt es eine im August 2011 veröffentlichte Studie im Auftrag des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz. Das bei der Uni Stuttgart angesiedelte Institut für Raumordnung und Entwicklungsplanung stellte dort unter dem Titel „Der Beitrag der ländlichen Räume Baden-Württembergs zu wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Kohäsion – Positionsbestimmung und Zukunftsszenarien“ zwar recht viele Fakten zusammen, aber ohne theore-



Aus der Studie der Uni Stuttgart: Erreichbarkeit von Autobahnen im ländlichen Raum (hier farbig gezeichnet, definiert als jene Gebiete, die im Landesentwicklungsplan 2002 so bezeichnet wurden).

tische Reflexion wie Ballungszentren und ländlicher Raum zusammenhängen und sich gegenseitig bedingen. Die darin vertretene These: Die jahrelange Entwicklung, dass sich die Unterschiede bei der wirtschaftlichen Entwicklung angleichen, ist seit etwa 2008 gebrochen: der ländliche Raum droht aufgrund der Bevölkerungsentwicklung teilweise ins Abseits zu geraten. Empfohlene Gegenmaßnahmen: die üblichen, also Wirtschaftsförderung, Breitbandanschluss beim Internet, Ausbau der Verkehrsinfrastruktur.

Die einzige mir bekannte größere Studie zu diesem Thema, die Empirie und Theorie verbindet, ist vermutlich nicht zufällig in der Schweiz entstanden. Die Schweiz ist abgesehen von den Ballungen Zürich, Basel und Genf „ländlicher Raum“, und selbst diese städtischen Ballungen fransen an ihren Rändern aus in selbständige Gemeinden mit „dörflichem“ Charakter. Die Schweiz selbst sieht sich nicht nur in der Tourismuswerbung als „ländlich“. Die umfangreiche Studie (siehe unten) hat nun aufgezeigt, wie die städtischen

siken. Zwar seien alle immer noch durch industrielle Produktion geprägt, durchaus auch im Hightech-Bereich. Aber die unternehmensnahen Dienstleistungen sind häufig schon in die Metropolregionen abgewandert, ökonomisch seien das zukünftige Krisengebiete. Vorteile seien allerdings die städtebauliche Struktur, die Vielfalt und die landschaftlichen Qualitäten.

Der dritte Gebietstypus sind die **Stillen Zonen**. Sie sind gekennzeichnet durch ihre relative Ferne zu größeren Zentren und haben selbst nicht einmal kleinere Zentren. Drei solche Zonen sieht die ETH-Studie in der Schweiz: Das Gebiet rund um den Napf (Emmental, Entlebuch, Luzerner Hinterland); die stille Zone West zwischen Bern und dem Genfer See und im Osten Appenzell und Toggenburg. Während diese Gebiete lange Zeit durch starke Abwanderung in die Zentren geprägt waren, ändert sich das gegenwärtig: Sie ähneln zunehmend Parks in der urbanen Topografie, sind einigermaßen intakte Landschaften in relativer Nähe zu den Zentren. Darin, so die ETH-Studie, liege auch ihre Zukunft.

Der vierte Typus sind die **alpinen Resorts**, „urbane Gebiete in den Bergen“, die keine „andere wichtige ökonomische Funktion aufweisen als den Tourismus“.

Es seien „temporäre und polyzentrische Flächenstädte der Freizeit“ – jeder kennt sie: Zermatt und Grindelwald rund um die höchsten Alpengipfel, Sankt Moritz als Luxusresort im Engadin. Davos werde sogar während des Weltwirtschaftsforums zu so etwas wie einer temporären Weltstadt. Das Risiko dieses Gebietstypus liege auf der Hand. Der Tourismus folgt Moden, die Schweiz ist teuer, die Konzentration auf bestimmte Zielgruppen ist kapitalintensiv und führt zur Konzentration. Bestimmte Regionen wie Andermatt am Gotthard sind auch schon abgestiegen in die fünfte und letzte Kategorie:

**Alpine Brachen.** Das sind Zonen des Niedergangs und der langsamen Auszehrung. „Die Sogwirkung der urbanen Netze hat in diesen Gebieten eine negative Dynamik ausgelöst und entzieht ihnen zunehmend Energie“. Gegen den Vorschlag, alle Förderprogramme einzustellen (die Schweiz hat die Landwirtschaft in diesen Regionen bezuschusst und investiert immer noch enorme Summen in Schutzmaßnahmen zur Sicherung der Siedlungen und Verkehrswege) wenden die ETH-Forscher ein, dass dann Gefahr drohe, dass diese Region zu „urbanen Müllkippen verkommen, in denen andernorts unerwünschte Nutzungen abgelagert werden“. Vielmehr

müsse versucht werden, diese Regionen als mögliches Potential für künftige Nutzungen zu erhalten.

**Fazit:** „Das städtebauliche Portrait zeigt, dass die Schweiz urbaner ist, als sie sich selbst wahrnimmt... Dieser Raum ist zu einer Art Supermarkt geworden, in dem diejenigen, die aufgrund ihrer Ressourcen und ihrer Mobilität dazu in der Lage sind, die für sie vorteilhaftesten Angebote an Orten, Events und Einrichtungen herauspicken und so ihre individuellen alltagsweltlichen Netzwerke bilden. Dieser urbane Raum ist jedoch keineswegs einheitlich und homogen ... Daraus lässt sich eine urbane Strategie ableiten, die darauf setzt, die Differenzen zu erkennen, zu stärken und fruchtbar werden zu lassen. Eine solche Strategie würde bedeuten, nicht mehr überall im Land alles gleichermaßen zu fördern, sondern im Gegenteil die Unterschiede zu verstärken, statt sie zu nivellieren, und in den einzelnen Gebieten unterschiedliche Qualitäten, unterschiedliche urbane Situationen zu entwickeln. Die Umsetzung einer solchen Strategie kann nur in öffentlichen Auseinandersetzungen stattfinden. Deshalb verzichtet das städtebauliche Portrait bewusst auf konkrete Vorschläge und Maßnahmenpakete.“ (Einführung S. 220 f)

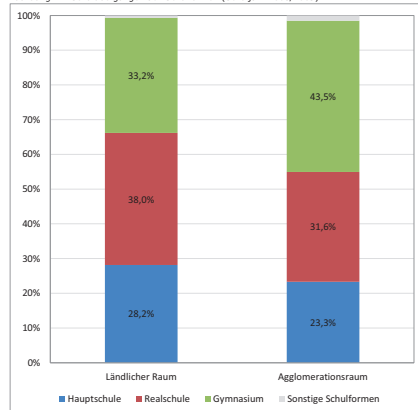
Ballungsräume und der ländliche Raum zusammenhängen. Die These der Autoren ist, die Schweiz ist keineswegs ländlicher Raum, sondern eher eine große Stadt, die das aber verbergen will. Es gibt einen großen urbanen Raum mit unterschiedlichen Funktionen, der ländliche Raum ist Teil der Urbanität. Planung muss daher das Ganze berücksichtigen, durch öffentlichen Diskurs muss festgestellt werden, wie die verschiedenen Regionen miteinander auskommen können, um das traditionelle gesellschaftliche Solidaritätsmodell in der Schweiz neu zu begründen.

Nun sind die Verhältnisse in der Schweiz sicher nicht auf Baden-Württemberg zu übertragen – zu verschiedenen sind die geschichtlichen Traditionen, die das Verhältnis der politischen Ebenen und Akteure prägen. Aber die allgemeine These, dass der ländliche Raum und die urbanen Zentren als Einheit verstanden werden müssen und eine einseitige Planung zu gesellschaftlichen Konflikten führt, ist bestimmt auch für Baden-Württemberg zutreffend.

### Landesregierung und ländlicher Raum

Die Beziehungen zwischen den Ballungsgebieten und den ländlichen Räumen scheinen vom Bürger aus betrachtet eher von einer mehr oder minder freien Wahl zwischen verschiedenen Lebensstilen geprägt. Entweder man bevorzugt das pulsierende Leben in der Großstadt oder das ruhige landschaftsnahe Wohnen in der Kleinstadt oder auf dem Dorf. Das ist eine individuelle Entscheidung Einzelner, allenfalls vorgeprägt durch die Herkunfts- und Lebensgeschichte der Familie. Allerdings zeigen sich im Hintergrund oft harte ökonomische Fakten: Akademische Jobs gibt es weniger im ländlichen Raum; die Mieten sind zwar niedriger oder es reicht zur eigenen Wohnung, aber ohne mindestens ein Auto geht nichts.

Abbildung 24: Schulübergänge nach Schulformen (Schuljahr 2008/2009)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2011, eigene Berechnungen

**Übertrittsquoten nach Schularten (2008/2009) von oben nach unten: Gymnasien, Realschulen, Hauptschulen:** links ländlicher Raum, rechts in Ballungsräumen. [www.uni-stuttgart.de/ireus/forschung/forschungsprojekte/abgeschlossen/laendlicher\\_raum/index.html](http://www.uni-stuttgart.de/ireus/forschung/forschungsprojekte/abgeschlossen/laendlicher_raum/index.html).

Die Politik der CDU-Regierungen hat das als Fakten hingenommen und entsprechend gehandelt: Die Struktur entwickelt die Struktur, das heißt die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt steuern die Entwicklungen zwischen den Regionen im Großen und Ganzen. Ansonsten wird das Vorhandene gestützt. Zum Beispiel Ausbau der Verkehrswege: es gibt nicht viele Gebiete in Baden-Württemberg, in denen mehr als eine dreiviertel Stunde zur nächsten Autobahnauffahrt gefahren werden muss. Bei der Bildung hieß der Slogan der CDU „Die Schule bleibt im Dorf“, weshalb bis zur Abwahl die Hauptschulen verteidigt wurden.

Die neue Landesregierung hat bislang eher Signale ausgesandt, dass sie in dem komplexen Gefüge von Ballung und ländlichem Raum einen einseitigen Standpunkt einnehmen will. Der Verkehrsminister zum Beispiel gibt allen Straßenneubauprojekten eine Absage. Sicher ist es eine polemische Übertreibung der CDU, wenn sie daraufhin sagt, für Radwege in den Städten haben die Grünen Geld, aber nicht für den Lärmschutz auf den Dörfern. Eine Polemik, die aber Gehör findet: der Eindruck entsteht, dass die Mobilität der Ballungsräume zu Lasten der Bewohner des ländlichen Raumes geht, sei es durch Transporte per LKW, sei es durch Ein- und Auspendeln, sei es durch Freizeitverkehr.

### Wirkungen der Energiewende auf den ländlichen Raum

Das Konzept der Energiewende schien ja zunächst durchaus im Einklang mit dem, was sich seit einiger Zeit entwickelt hat. Im ländlichen Raum wurde aus der Idee einer Energieversorgung am Ort in den letzten Jahren schon häufig Wirklichkeit. Es ist kein Zufall, dass das Vorbild für alternative Energiezeugergenossenschaften in einem kleinen Schwarzwaldort entstanden ist, wo mittels einiger Solarpaneele auf den Dächern, einem örtlichen Wasserkraftwerk usw. die Versorgung am Ort möglich wurde.

Für einen Ballungsraum wie Stuttgart ist aber die Verwirklichung einer Energieerzeugung am Ort durch Anwendung der Technik sogenannter regenerativer Energien beim derzeitigen Stand der Technik ausgeschlossen. Die im Ballungsraum benötigten Strommengen erfordern entweder eine industrielle Fertigung (bisher: ein Kernkraftwerk, mehrere Kohle-, Gas- und Müllkraftwerke) oder den Transport von Solar-, Wind- und Biostrom, der auf größeren Flächen auch in größerer Entfernung erzeugt wird.

In den sechziger Jahren schien mit der Kernenergie eine Lösung für die Erzeugung von Energie für die Ballungsräume gefunden. Fossile Energien, die entweder mit beträchtlichen technischen

und menschlichen Risiken (Steinkohlebergbau) oder mit politischen Risiken (Erdöl und Erdgas) behaftet waren und sind, hätten ersetzt werden sollen durch Kernkraftwerke, von denen jedes ein bis zwei größere Ballungsgebiete versorgen kann. Die Gesellschaft wollte aber die großen Risiken, die im Falle eines zwar unwahrscheinlichen, aber nicht unmöglichen Versagens eines Kernkraftwerks auftreten, nicht eingehen – eine Ablehnung, die nach dem Unfall im japanischen Fukushima bei der Landtagswahl bestätigt wurde. Die Grünen kamen in Baden-Württemberg an die Regierung, weil sie ein neues Konzept weg von der Kernkraft und (schon leiser) ohne Kohle und Gas versprochen. Jetzt steht die Realisierung an.

Was zeichnet sich ab? An viel mehr Standorten als bisher soll die Windkraft genutzt werden. Wo werden diese Standorte liegen? Jedenfalls nicht in den Ballungsräumen. Photovoltaik zur Stromerzeugung mit Sonnenlicht – auch grüne Fachleute gestehen dieser Art von Energieproduktion in Baden-Württemberg nur bescheidene Anteile zu, die Sonne scheint zu wenig und großflächige Anlagen sind allenfalls in bestimmten Nischen möglich (auf Mülldeponien zum Beispiel). Pumpspeicherwerke müssen gebaut werden, damit die nicht gleichmäßig anfallende Stromproduktion aus Windrädern und Sonnenpaneelen zwischengespeichert werden kann. Die Standorte für diese landschaftsprägenden technischen Bauten liegen ebenfalls nicht in den Ballungsräumen. Schließlich die Biogaserzeugung: die Flächen für den dafür nötigen Maisanbau sind landwirtschaftliche Flächen in den schwächer besiedelten Gegenden – in manchen Gegenden auch in Baden-Württemberg sind solche monotonen Felder durchaus schon landschaftstypisch.

Der Konflikt liegt da: Die Ballungsräume lösen ihre Energieprobleme im ländlichen Raum. Dieser wird energieindustriell überplant und umgeformt, die Energieerzeugung an vielen Orten ruft nach zentralistischer Steuerung. Und die Vorzüge, die der ländliche Raum bisher hatte, der Eindruck einer nichttechnisierten Landschaft, von scharfer ökonomischer Nutzung ausgenommene Gebiete werden weniger oder verschwinden ganz.

Der grüne Teil der Landesregierung kam mit einem Entwicklungskonzept an die Macht, das erhebliche Auswirkungen auf den ländlichen Raum haben wird, sofern es umgesetzt wird, ohne dass es hierüber eine offene Diskussion gibt. Die „Energiewende sozial gestalten“, wie es die Linkspartei fordert, ist dafür eigentlich eine ganz gute Forderung, wenn das mehr als nur niedrige Strompreise für Menschen mit geringen Einkommen meint.

Alfred Küstler

## UL-Fraktion kritisiert Verkauf der LBBW-Wohnungen an Patrizia AG: FREIBURG.

Die Landesregierung hat mit dem Verkauf an eine typische Heuschrecke ihr Versprechen, eine sozial angemessene Lösung zu finden, eindeutig gebrochen“, so Hendrikk Guzzoni, Stadtrat der Linken Liste Solidarische Stadt. Mit dem Verkauf der LBBW-Immobilien an die Patrizia AG aus Augsburg, einer typischen „Heuschrecke“ habe die Landesregierung schwer versagt. Selbst Stadträte der Grünen in Freiburg hielten den Verkauf an die Patrizia für einen „schweren Fehler“. Dieser Verkauf an eine Heuschrecke ist ein Schlag ins Gesicht der Interessen der Mieterinnen und Mieter und wird auch den Interessen der Kommunen nicht gerecht, so die Unabhängigen Listen (UL). In Baden-Württemberg, wie auch besonders in Freiburg, sei der Bedarf an bezahlbaren Wohnungen in öffentlichem Besitz weiterhin riesengroß. Nun drohten wieder einmal Luxussanierungen und Privatisierungen, Mietsteigerungen und die Vertreibung von MieterInnen aus ihrem angestammten Quartier. Die Unabhängigen Listen kritisierten, dass die Stadt Freiburg nicht längst, wie von der UL gefordert, ein Vorkaufsrecht in Anspruch genommen hätten.

[www.linke-liste-freiburg.de](http://www.linke-liste-freiburg.de)

## Open Data für Bonn: jetzt auch Grüne mit an Bord: BONN.

Die Linksfraktion Bonn begrüßt den Beschluss des Bürgerschaftsausschusses zur Einrichtung eines Open Data Portals. In dem neuen Portal sollen künftig Daten und Informationen der Stadt einfach nutzbar aufbereitet werden. Ausgangspunkt des jüngsten Beschlusses ist ein Antrag der Linksfraktion bereits aus dem November 2011. Schwarzgrün hat diesen Antrag nunmehr leicht abgewandelt beschlossen. Wichtig ist der Linksfraktion Bonn eine weitgehende Umsetzung des neuen Portals mit lizenzfreier Open Source Software. Die Software „SAGA – System for Automated Geoscientific Analyses“ würde eine kostengünstige Umsetzung ermöglichen. „Allerdings geht das Potential eines Open Data Portals weit über die Möglichkeiten für neue Anwendungen hinaus. Das neue Portal richtet sich keineswegs nur an „Computer-Nerds“, denn die möglichst transparente und leicht verwendbare Darstellung von öffentlichen Daten und Informationen über die Stadt unterstützt die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Prozessen und Verfahren der Bürgerbeteiligung.“ betont Koch abschließend. [www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuellesausdenkommunen](http://www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuellesausdenkommunen)

[www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuellesausdenkommunen](http://www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuellesausdenkommunen)

**Linke wollen mehr Mitbestimmung für Kinder im Bezirk:** DUISBURG. Die Linke in der Duisburger Bezirksvertretung Homburg/Ruhrort/Baerl hat einen Antrag eingebracht, mit dem Kinderrechte im Bezirk gestärkt werden sollen. „Bei Bau und Planung von Kindergärten, Kitas, aber auch bei anderen Belangen, die Kinder und Jugendliche betreffen, soll die nächste Einrichtung für Kinder und Jugendliche um Ideen, Anregung und ihre Meinung gebeten werden“, erklärt Linke Bezirksvertreter Roland Busche. „Dies entspricht dem Mitspracherecht, dass allen Betroffenen bei Bauvorhaben bereits jetzt zugesprochen wird“, ergänzt Pressesprecherin Margret Fink, die darauf verweist, dass es im Bezirk Derartiges bislang nicht gebe. „Wir möchten Kinder ermutigen, sich bereits ganz früh für das Gemeinwohl einzusetzen, eigene Interessen zu artikulieren und möglichst schnell demokratische Strukturen kennenzulernen“, so Busche, der selber Politiklehrer ist und mit Politikverdrossenheit jeden Tag zu tun hat.

[www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuellesausdenkommunen](http://www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuellesausdenkommunen)

## Linke fordert Kostenfreiheit bei Pfändungsschutzkonten: KASSEL.

Die Fraktion der Kasseler Linken kritisiert, dass von einigen Banken und Sparkassen zum Teil hohe Gebühren für Pfändungsschutz-Konten erhoben werden. Seit Anfang des Jahres wird verschuldeten BankkundInnen dringend geraten, ihr Girokonto in ein so genanntes P-Konto umwandeln zu lassen. Sinn solcher Konten ist es, verschuldeten Menschen immer einen Pfändungsfreibetrag für laufende Kosten auf ihrem Konto sicherzustellen. Neben der Tatsache, dass P-Konten einer Reihe von Einschränkungen unterliegen, berechnen einige Banken und Sparkassen zum Teil hohe Gebühren für P-Konten, deren InhaberInnen nun nicht mehr die Möglichkeit auf ein kostenfreies Girokonto haben. Die Bundesverbraucherministerin hat die Banken und Sparkassen zwar aufgefordert, keine zusätzlichen Gebühren für P-Konten zu erheben, eine rechtliche Grundlage gibt es allerdings nicht. So kostet z.B. ein pfändungssicheres Konto bei der Kasseler Sparkasse 7 Euro monatlich an Gebühren.

[www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuellesausdenkommunen](http://www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuellesausdenkommunen)

## Die Linke: „Geruch der Vorteilsnahme“ – Rats- und Regionsfraktionen verzichten erneut auf VIP-Messekarten: HANNOVER.

Die Rückgabe der VIP-Messekarten für die Mitglieder der Rats- und Regionsversammlung durch die Fraktionen der Linken hat im Jahr

2010 dazu geführt, dass die Regionsversammlung eigens einen Beschluss dazu gefasst hat. Danach wird jetzt aufgelistet, was die gewählten Abgeordneten annehmen dürfen, ohne dass ihnen persönliche Vorteilsnahme vorgeworfen werden kann. Dazu gehört auch die VIP-Messekarte. Der Vorsitzende der Linksfraktion im Rat, Oliver Förste, sieht die Annahme der VIP-Messekarten dennoch „mit dem Geruch der Vorteilsnahme behaftet“. Um die Kontrollfunktion der Stadt als Anteilseigner der Messe auszuüben, wäre es völlig ausreichend, wenn die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses normale Eintrittskarten zu den Fachmessen erhalten. VIP-Karten für alle Ratsmitglieder seien dagegen zumindest eine „unnötige Bauchpinselei“. Seine Fraktion werde die VIP-Messekarten deshalb an die Deutsche Messe AG zurückschicken.

[www.linksfraktion-hannover.de](http://www.linksfraktion-hannover.de)

## Evokation ist Sargnagel in eine demokratische BürgerInnenbeteiligung und eine soziale Wohnungsbaupolitik: HAMBURG.

Am 27. Oktober 2011 hatten sich weit mehr als 37 000 BewohnerInnen des Bezirks Hamburg-Nord an einem Bürgerentscheid beteiligt und zu rund 70 % gegen den Bebauungsplan Langenhorn 73 votiert. Verhindert werden sollte damit der Abriss der in den 1940/50er Jahren entstandenen idyllischen Wulffschen Siedlung. Der recht neue Eigentümer – ein Versicherungskonzern – wollte die 550 vorhandenen Wohnungen durch größere, energetisch sanierte und damit erheblich teurere Wohneinheiten ersetzen. Heute hat die Senatskommission für Stadtentwicklung und Wohnen nun beschlossen, das Bebauungsplanverfahren Langenhorn 73 zu evozieren und damit den Bürgerentscheid außer Kraft zu setzen. Mit diesem Akt soll das Bauvorhaben gegen den erklärten Willen der Abstimmungsmehrheit durchgesetzt werden. Die stadtentwicklungs- und wohnungspolitische Sprecherin der Bürgerschaftsfraktion Die Linke, Heike Sudmann, erklärt dazu: „Nun ist die Katze aus dem Sack. Nun macht der Senat Ernst und kassiert einen demokratischen Bürgerentscheid.“

[www.die-linke-hamburg.de](http://www.die-linke-hamburg.de)

## Krippentgelt für Geringverdiener wird abgeschafft: BRAUNSCHWEIG.

Die Haushaltsberatungen der letzten zehn Jahre verliefen immer nach dem gleichen Muster. Die Linke stellte eine Reihe von Anträgen für Verbesserungen im Sozial-, Bildungs-, Kultur- und Sportbereich und schlug konkrete Finanzierungsmöglichkeiten vor. Dies wurde dann von der CDU/FDP-Mehr-

heit abgelehnt, woraufhin Die Linke den Haushalt ablehnte. Doch mit diesem Automatismus ist jetzt Schluss. In der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am vergangenen Dienstag wurde der Haushaltsplanentwurf mit sämtlichen Anträgen von Verwaltung, Ratsfraktionen und Stadtbezirksräten beraten und damit ein neuer Entwurf für die abschließende Beratung im Rat erstellt. Diese Beratung verlief aus Sicht der Linken sehr erfreulich, da fast alle ihre Anträge angenommen wurden. Ein ganz wesentlicher Beschluss ist dabei für Die Linke die Annahme des Antrages über die Abschaffung der Krippengebühren für Geringverdiener ... Da der Sozialbereich für Die Linke bekanntlich die höchste Priorität hat, wurde auch eine Vielzahl weiterer sozialpolitischer Anträge gestellt, die zum größten Teil auch angenommen wurden. So wird es bald wieder einen „Braunschweig Pass“ geben, die Wohnungslosenunterkunft „An der Horst“ erhält eine Sozialarbeiterstelle und das Beteiligungsprojekt bs4u kann weitergeführt werden. Eine weitere wesentliche Entscheidung des Finanz- und Personalausschusses ist die Annahme des Linken-Grundsatzantrages über die Schaffung von 60 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen für Erwerbslose, die auf dem sogenannten ersten Arbeitsmarkt keine Chance haben. [www.linksfraktion-braunschweig.de](http://www.linksfraktion-braunschweig.de)

**SÖS-Linke: Sehr unzufrieden.** STUTTGART. Ganz unten, auf dem vorletzten Platz, liegt bei der letzten Stuttgarter Bürgerumfrage die Zufriedenheit mit dem Wohnungsangebot bzw. dem Wohnungsmarkt. Dieses Thema hat schon seit Jahrzehnten einen schlechten Platz bei Bürgerumfragen. Auf die Notlage vieler Familien weisen auch die ständig lange Warteliste für Sozialwohnungen und die große Zahl der Zwangsräumungen hin. Zudem ist in den Stadtbezirken, wo die weniger Betuchten wohnen, die Unzufriedenheit mit der eigenen Wohngegend hoch. Die Stuttgarter Kommunalpolitik hat den Wohnungsbau und den Zustand vieler Stadtquartiere seit Jahren vernachlässigt. Was aus den Versprechungen zum Wohnungsbau im geplanten Rosensteinviertel wird, ist nebulös. Der Gemeinderat muss sich also mit dem Thema ernsthaft befassen, unter sozialen Gesichtspunkten und wegen des Fachkräftemangels.

[www.dominio1.stuttgart.de](http://www.dominio1.stuttgart.de)

**VIP-Logen statt Umkleiden und Duschen:** ESSEN. Eiserner Sparzwang, Haushaltskonsolidierung, drohende Überschuldung, mit diesen Worten vertritt das „Vierer-Bündnis“ an der

Seite des Kämmerers seit gut zwei Jahren eine harte Kürzungslinie im städtischen Haushalt. Auch im Sport und Bäderbereich. Denn es ja muss gespart werden – oder etwa doch nicht? Während Vereine, Sport- und Bäderbetriebe und der ESPO jeden Euro zweimal umdrehen, um mit den viel zu knappen Mitteln auszukommen, werden durch die Hintertür mal eben 3,9 Millionen Euro Aufstockung für das RWE-Stadion getätigt. Kurz zuvor wurden 120 Millionen für die „Ertüchtigung“ der Messe bereitgestellt ... Ausdrücklich widerspricht Die Linke der Auffassung von OB Paß, dass die aktuelle Aufstockung um 3,9 Mio. durch bisherige Ratsbeschlüsse gedeckt sei. Ratscherr Wolfgang Freye: „In allen bisherigen Beschlüssen des Rates insbesondere im Baubeschluss vom 4. März 2009 wurde klar und deutlich formuliert, dass zunächst die für den Spielbetrieb unbedingt notwendigen Einrichtungen gebaut werden. In diesem Beschluss ist auch eine Kostenbegrenzung von 24 Mio. seitens Stadt und GVE zusammen plus 7 Mio. an Sponsorengeldern enthalten. Alle weiteren Ausbauten wurden unter den Vorbehalt eines sportlichen Erfolges von Rot-Weiss-Essen gestellt. Haben wir da was verpasst?“

[www.linksfraktion-essen.de](http://www.linksfraktion-essen.de)

**Martin Börschel (SPD) täuscht bei den Ladenöffnungszeiten!** KÖLN. Auf der letzten Ratssitzung haben SPD und FDP auffällige Gemeinsamkeiten beim Ladenöffnungsgesetz bekundet. Überraschend für den ganzen Rat äußerte sich der SPD-Fraktionsvorsitzende Martin Börschel. Er betonte, dass das Ladenöffnungsgesetz keiner Änderung bedürfe. Das stieß auf die Begeisterung der FDP, die ihren Antrag zum Thema daraufhin zurückzog. Unter der Überschrift „Schädliche Nacharbeit für SPD-Abgeordneten in Ordnung?“ kritisiert die Verdi-Landesleiterin Gabriele Schmidt Herrn Börschel, weil er die Ladenöffnungszeiten in der Woche so beibehalten will. Das heißt, Ladenöffnungen bis 24 Uhr sollen weiter möglich sein. Bezüglich der Sonntagsöffnungen streut Herr Börschel Nebelkerzen. Im Rat trat er für die Beibehaltung der jetzigen Landesregelung von vier Sonntagen pro Stadtteil ein. Er meinte, die Ausweitung auf 24 Sonntage im Kölner Stadtgebiet müsse reduziert werden. In den letzten Tagen schlug Herr Börschel 15 Sonntage vor. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende der Linken, Jörg Detjen: „Das ist keine Verbesserung, weil die bisherige Kölner Regelung drei Sonntage pro Stadtteil vorsah und nicht vier, wie die SPD unterstellt. Mit vier offenen

Sonntagen würde die Sonntagsarbeit um 33 Prozent gesteigert. Die Sonntagsarbeit würde mit Herrn Börschels Vorschlag ausgeweitet, auch wenn er sie auf 15 statt 24 Sonntage verteilen will.“ Die Linke will die Sonntagsöffnungen reduzieren. Seit Monaten weisen wir auf die aktuelle Rechtsprechung hin, nach der Shopping- und Wirtschaftsinteressen keine Ladenöffnungen am Sonntag rechtfertigen können. Die Linke unterstützt die Allianz für den Freien Sonntag!“

[www.linksfraktion-koeln.de](http://www.linksfraktion-koeln.de)

**Mangelndes Problembewusstsein bei Rot-Grün:** KIEL. Bereits vor über einem Jahr, im Januar 2011, beantragte die Ratsfraktion Die Linke die Einrichtung einer Schlichtungsstelle für den Bereich HartzIV zu prüfen und ein entsprechendes Konzept zu erstellen. Nach mehreren Zurückstellungen lehnte die Kooperation den Antrag in der gestrigen Sitzung des Sozialausschusses ab.

[www.linksfraktion-kiel.de](http://www.linksfraktion-kiel.de)

**Deutscher Städtetag legt aktuelle Finanzdaten vor:** BERLIN. Die Kommunen haben ebenso wie Bund und Länder im vergangenen Jahr von der guten Konjunktur profitiert und deutlich höhere Einnahmen verzeichnet. Dadurch ist das kommunale Jahresdefizit spürbar zurückgegangen, und 2012 wird erstmals seit der Finanz- und Wirtschaftskrise wieder ein Überschuss für die Gesamtheit der Kommunen erwartet. Einen Grund zur Entwarnung sieht der Deutsche Städtetag für viele Städte dennoch nicht. Das machte der Präsident des Deutschen Städtetages, Münchens Oberbürgermeister Christian Ude, heute in Berlin bei der Vorlage neuer Daten zur kommunalen Finanzlage deutlich. Kassenkredite in Rekordhöhe belasteten vor allem strukturschwache Kommunen, und die Kluft zwischen finanzstärkeren und armen Städten wachse ... Erste Entschuldungshilfen für notleidende Kommunen in verschiedenen Bundesländern bezeichnete er als wichtigen Fortschritt. Doch die strukturelle Notlage vieler Städte sei damit nicht behoben: „Es schreit zum Himmel, wenn Kommunen derzeit mehr als 44 Milliarden Euro kurzfristige Kassenkredite brauchen. Ohne diese explosionsartig gestiegenen Überziehungskredite können viele Städte laufende Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr erbringen oder Altdefizite nicht mehr ausgleichen.“

[www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de)

(Zusammenstellung: ulj)

**Kommunale Politik**

# Europäische Berufsbildungspolitik: Ein interessantes Feld mit Untiefen

Die Osterweiterung der EU hat nicht zu solch quantitativen Wanderungsbewegungen geführt, wie sie teils prognostiziert wurden und wie sie in verschiedenen europäischen Ländern immer wieder auch von Gewerkschaften in die Debatte geworfen wurden, um die historische Errungenschaft der „Freizügigkeit“ für die neuen Mitgliedsstaaten zu suspendieren, und zwar so lange es irgendging. Tatsächlich finden vielfältige Wanderungsbewegungen statt. Man könnte sagen von den Rändern in die Kerne, von außerhalb der EU in die Ränder, für Saisonarbeiten von Drittländern in alle Regionen usw. Was sind die steuernden Parameter? Eines der vielfältigen Momente, die neben der Nachfrage der Wirtschaft oder bedrückenden Lebensverhältnissen wirkungsmächtig sind, ist auf jeden Fall die Qualifikation, bzw. die Wahrscheinlichkeit, dass sich Arbeitsmarktanforderung und persönliche Qualifikation treffen. Zuschreibung und Erfahrung spielen dabei eine wichtige Rolle, aber es kommen sofort auch der Zuschnitt und die Struktur der beruflichen Ausbildungen mit ins Spiel. Multinationale Konzerne changieren schon heute Arbeitskräfte in größerem Umfang zwischen den Ländergrenzen. Engverzahnte Lieferketten, Normsetzung und technologische Angleichungsprozesse, aber auch die Qualitätsanforderungen gegenüber den Zulieferketten sind Momente, die Standardisierungen in den Arbeitskräfteanforderungen provozieren.

Die tradierten Strukturen der Aus-

bildungssysteme weisen aber zwischen den verschiedenen Mitgliedstaaten erhebliche Differenzen auf, die als Hürden sowohl für die Beschäftigten als auch für die Wirtschaft wirken (können). Vor diesem Hintergrund ist durchaus relevant, dass die EU für die Ausgestaltung der nationalen Sozialsysteme oder die Bildung nur begrenzt zuständig ist. Wie dennoch der praktische Einfluss in den letzten Jahren ausgeweitet wurde, wird folgend für die berufliche Bildung dargestellt.

## Steigende Einflussnahme der europäischen Politik

In den europäischen Verträgen findet sich lediglich ein Artikel, der sich mit der beruflichen Bildung beschäftigt, und in dem festgestellt wird: keine Harmonisierung. Kooperation steht im Zentrum und entsprechende Einrichtungen, wie etwa das Cedefop (1975 eingerichtet), die die Kooperation fördern sollen, bestehen schon lange. Versuche jedoch, die bestehenden Berufsausbildungen europaweit abzubilden, schematisch zu vergleichen oder gar anzugleichen, sind regelmäßig gescheitert.

In den letzten Jahren wurden die praktischen Politiken der EU jedoch erheblich wirkungsmächtiger. Vor dem Hintergrund einer viel stärkeren gegenseitigen Durchdringung der Märkte spielt heute die „Methode der offenen Koordinierung“ (siehe Kasten unten) eine wichtige Rolle. In immer mehr Strukturzusammenhängen begegnen sich Menschen und Systeme

me grenzüberschreitend. Passen die Strukturen überhaupt nicht zueinander, treten Funktionsstörungen ein. Anwendung findet die Methode der offenen Koordinierung in Politikfeldern, in denen nicht mit Richtlinien oder Verordnungen gearbeitet, also keine direkte Rechtsetzung betrieben werden kann. Dennoch stehen Rechtsinstrumente zur Verfügung. Dies sind „Mitteilungen“ oder „Empfehlungen“ der EU-Institutionen, in denen keine direkten Vorgaben gemacht, aber eben Empfehlungen gegeben werden. Benchmarks und die Vorstellung „besten Praktiken“ gehören ebenfalls zum Instrumentenkasten. Die unschuldig klingende Formulierung im beigegefügtten Kasten, „bietet den Mitgliedsstaaten einen Rahmen, untereinander zu koordinieren“, verschweigt, dass die EU politische Horizonte beschreibt und mit Benchmarks praktisch auch Vorgaben setzt, unter anderem eben im Bereich der Bildung/Berufsbildung.

Neben der Methode der offenen Koordinierung gibt es zwei weitere Stränge über die der europäische Einfluss auf die nationalen Berufsbildungspolitik betrieben wird. Zum Einen mit umfangreichen Programmen, die für die verschiedenen Bildungszweige unter der Überschrift „lebenslanges Lernen“ versammelt sind. Dort werden jährlich etwa eine Milliarde Euro bereitgestellt. Für die Berufsbildung werden unter der Budgetlinie „Leonardo Da Vinci“ vor allem Mobilitätsmaßnahmen für Ausbilder und Auszubildende gefördert. Aber auch Betriebe können Austauschprogramme einreichen und Kooperationen zwischen Bildungseinrichtungen oder Untersuchungen werden ebenfalls gefördert. Die Aufrufe zur Einreichung von Vorschlägen werden jährlich veröffentlicht und in dem Aufruf werden die jeweiligen politischen Prioritäten formuliert. Die Prioritäten fokussieren neben dem allgemeinen Ziel der Mobilitätsförderung auf den zweiten Strang, über den praktisch eine Angleichung der verschiedenen Ausbildungsstrukturen erreicht wird. Die EU hat verschiedene Instrumente entwickelt, über die eine Vergleichbarkeit der nationalen Standards hergestellt und gemeinsame Standards gesetzt werden sollen. Diese Instrumente sind vor allem der Europäische Qualifikationsrahmen (EQR) und das Europäische Leistungspunktesystem für die Berufsbildung (EC-VET) (siehe Kasten S. 17)

Der EQR soll erlauben, jegliche Qualifikation, unabhängig vom Weg der Aneignung, in einen achtstufigen Rahmen einzuordnen. Klassische Berufsausbildungen werden heute den Niveaus drei bis fünf zugeordnet. Tendenziell sind die Niveaus sechs bis acht den akademischen Laufbahnen vorbehalten. Der EQR soll von den Mit-

### Methode der offenen Koordinierung

Durch die offene Koordinierungsmethode im Bereich Sozialschutz und soziale Eingliederung bietet die EU den Mitgliedstaaten einen Rahmen, in dem sie ihre nationalen Strategien entwickeln und ihre politischen Maßnahmen in Bezug auf Armut und soziale Ausgrenzung, Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege sowie Renten untereinander koordinieren können. Die offene Koordinierungsmethode ist eine freiwillige Selbstverpflichtung zur politischen Kooperation, die darauf basiert, gemeinsame Ziele und gemeinsame Indikatoren zu vereinbaren, anhand deren Fortschritte gemessen werden können. Die Regierungen der Mit-

gliedstaaten überführen die gemeinsamen Ziele in nationale Pläne, die als nationale Strategieberichte vorgelegt werden. Diese Berichte werden von Rat und Kommission in gemeinsamen Berichten bewertet. Aus ihnen ist ersichtlich, was mit Initiativen auf EU-Ebene in den einzelnen Ländern erreicht wurde.

Mit der offenen Koordinierungsmethode soll auch ein Prozess des gegenseitigen Lernens angestoßen werden, der auf einer Evaluierung von Strategien, Programmen und institutionellen Vorkehrungen beruht, die in den nationalen Strategieberichten als nachahmenswert empfohlen werden.

Link: <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=753&langId=de>

## Der Europäische Qualifikationsrahmen (EQR)

Der Europäische Qualifikationsrahmen (EQR) fungiert als Übersetzungsinstrument, das nationale Qualifikationen europaweit verständlich macht und so die grenzüberschreitende Mobilität von Beschäftigten und Lernenden und deren lebenslanges Lernen fördert.

Ziel des EQR ist, die verschiedenen nationalen Qualifikationssysteme auf einen gemeinsamen europäischen Referenzrahmen zu beziehen. Einzelpersonen und Arbeitgeber werden den EQR nutzen können, um die Qualifikationsniveaus verschiedener Länder sowie unterschiedliche Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung besser verstehen und miteinander vergleichen zu können. Der 2008 von den europäischen Institutionen verabschiedete EQR wird europaweit in die Praxis umgesetzt. Länder werden ermutigt, ihre Qualifikationssysteme an den EQR zu koppeln, so dass ab 2012 bei allen neuen Qualifikationen Bezug auf ein entsprechendes EQR-Niveau genommen werden kann. Zu diesem Zweck wurde in jedem Land eine nationale Koordinierungsstelle benannt.

### Verschiebung der Gewichtung

Kernstück des EQR sind acht Referenzniveaus zur Beschreibung des-

renzniveaus zur Beschreibung dessen, was ein Lernender weiß, versteht und in der Lage ist, zu tun – der „Lernergebnisse“ (operationalisiert als „Kenntnisse“, „Fertigkeiten“ und „Kompetenzen“ – *ro*g). Die Niveaus der nationalen Qualifikationen bauen auf einem der zentralen Referenzniveaus auf, vom Grundniveau (Niveau 1) bis zum fortgeschrittenen Niveau (Niveau 8). Der Vergleich zwischen nationalen Qualifikationen wird dadurch wesentlich vereinfacht und soll außerdem verhindern helfen, dass Lerninhalte wiederholt werden müssen, wenn Lernende in ein anderes Land ziehen. Der EQR gilt für alle Arten allgemeiner und beruflicher Bildung und Qualifikationen, von der Schul- und Berufsbildung bis zur Hochschulbildung. Dies bedeutet eine Abkehr vom traditionellen Ansatz, bei dem Lerninputs wie Dauer einer Lernerfahrung oder Art der Einrichtung im Mittelpunkt stehen. Zudem ermutigt es zu lebenslangem Lernen, indem es die Validierung von nicht formalem und informellem Lernen fördert.

Quelle: [http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc44\\_de.htm](http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc44_de.htm)

## Das Europäische Leistungspunktesystem für die Berufsbildung (ECVET)

Das Europäische Leistungspunktesystem für die Berufsbildung (ECVET) ermöglicht den Teilnehmern eine genauere Kontrolle ihrer individuellen Lernerfahrungen und macht den Wechsel zwischen einzelnen Ländern und verschiedenen Lernumgebungen attraktiver.

Ziel des Systems ist die Vereinfachung der Validierung, Anerkennung und Akkumulierung von beruflichen Fertigkeiten und Kenntnissen, die während eines Aufenthalts in einem anderen Land oder in unterschiedlichen Lernsituationen erworben wurden. Es soll gewährleisten, dass diese Lernerfahrungen zu den beruflichen Qualifikationen beitragen.

ECVET dient der Verbesserung der Kompatibilität zwischen den verschiedenen europäischen Berufsbildungssystemen und ihren Qualifikationen.

Bis 2012 soll ein technischer Rahmen geschaffen werden, der Qualifikationen durch Einheiten von Lernergebnissen beschreibt sowie Verfahren für Bewertung, Übertragung, Akkumulation und Anerkennung von Qualifikationen liefert.

Jede dieser Einheiten wird eine bestimmte Zahl von ECVET-Leistungspunkten auf der Grundlage gemeinsamer Standards zugewiesen. 60 ECVET-Punkte werden z. B. für die während einer einjährigen beruflichen Vollzeitausbildung erzielten Lernergebnisse angerechnet.

### Flexibilität

Die individuellen Lernergebnisse werden bewertet und validiert, damit Leistungspunkte zwischen Qualifikationssystemen oder zwischen Lernabschnitten übertragen werden können.

Bei diesem Ansatz können Lernende die für eine bestimmte Qualifikation erforderlichen Lernergebnisse im Laufe der Zeit in verschiedenen Ländern und in unterschiedlichen Lernsituationen akkumulieren.

Das System ermöglicht außerdem die Entwicklung gemeinsamer Referenzen für berufliche Qualifikationen.

Quelle: [http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc50\\_de.htm](http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc50_de.htm)

gliedsstaaten in nationale Qualifikationsrahmen übersetzt werden; dieser Prozess ist in den meisten Ländern noch nicht abgeschlossen.

ECVET soll auf die tatsächlich erworbenen Qualifikationen fokussieren, nicht auf die formalen Abschlüsse. Die Aufschlüsselung in kleine Qualifikationseinheiten soll erlauben, auch Erfahrungen aus verschiedenen Branchen und Beschäftigungen einzubeziehen. Das Instrument soll letztlich dem Einzelnen dazu dienen seine akkumulierten Qualifikationen und Erfahrungen dokumentieren zu können. In diesem Zusammenhang ist auch zu bemerken, dass die Kommission verschiedene Aktivitäten eingeleitet hat, die die Anerkennung von nicht formalem (organisierte Weiterbildung ohne Zertifizierung) und informellem Lernen (sozusagen die Arbeit an sich selbst) durchsetzen sollen. Sicherlich eine Politik, die auch nutzbar wäre, um die gesellschaftliche Anerkennung und die Wertschätzung von Tätigkeiten zu fördern, die als „unqualifiziert“ denunziert und damit wiederum für den Niedriglohnsektor qualifiziert werden.

### Jüngste Initiativen

Letztlich steht aber bei fast allen EU-Initiativen in diesem Feld im Vordergrund, und wird in den Begründungen auch ausdrücklich festgehalten, dass die Mobilität der Beschäftigten erhöht werden soll, dass es um Anpassung der Beschäftigten an die Anforderungen der Wirtschaft geht und dass Berufsbildung wesentlich ein Instrument der Arbeitsmarktregulierung ist. Dazu passt auch, dass die Kommission in den Jahren 2009-2010 Untersuchungen für 19 Sektoren in Auftrag gab, mit denen die im Jahre 2020 benötigten Qualifikationen ermittelt werden sollten. Auch hier stand die Frage im Vordergrund, was benötigen die Betriebe 2020. In den meisten Untersuchungen wird die Berufsbildung ebenfalls als Exekutor der betrieblichen Anforderungen verstanden.

Allerdings haben auch einige Studien mit Szenarien gearbeitet, in denen die Arbeitsorganisation und die Produktentwicklung als beeinflussbare Parameter betrachtet werden, die nicht unerheblich die künftigen Qualifikationsanforderungen beeinflussen werden. Damit geraten die beeinflussbaren Parameter der Arbeitsgestaltung (Produkt- und Technikentwicklung, Produktionsorganisation und Arbeitsteilung, Aufgabenzuschnitt *usf.*) ins Blickfeld der Diskussion von künftigen Qualifikationsanforderungen. Es macht ebenso einen Unterschied, ob sowohl Produkt- und Technikgestaltung als auch der konkrete Technikeinsatz nach z. B. ergonomischen Gesichtspunkten und Gesichtspunkten einer ganzheitlichen Arbeitsgestaltung ent-

wickelt werden. Auch Fragen der Veränderung der Arbeitsvertragsformen und der Arbeitsbeziehungen sind in einigen Studien verhandelt worden. Es macht halt einen Unterschied, ob eine Branche auf Arbeitsverhältnissen basiert, die zu sechzig Prozent Selbständige und Scheinselbständige sind (englische Bauwirtschaft), ob ellenlange Subunternehmerketten bestehen oder ob eine Generalunternehmerhaftung besteht und damit die Arbeitsbedingungen auch in der Untervergabeliste in den Blickpunkt rücken.

Eine politische Initiative der Kommission, die aus diesen Untersuchungen resultierte, ist das Protegieren sogenannter „Sektorausschüsse für Beschäftigung und Kompetenzen“ (Sector skills councils). Diese Ausschüsse sollen auf europäischer Ebene für die einzelnen Branchen eingerichtet werden. Sie sollen ein Forum für die Vertreter der verschiedenen Subsysteme sein, die an der Ausgestaltung der Berufsbildung beteiligt sind. Erneut ist

die große Überschrift, herauszufinden, welche Qualifikationen der Arbeitsmarkt in Zukunft braucht. Aber die Ausschüsse sind natürlich auch offen für Fragen der Arbeitsbeziehungen und der Arbeitsgestaltung, wie sie eben aufgelistet wurden.

Vor dem Hintergrund der hier beschriebenen Entwicklungen haben auf Initiative des Gewerkschaftsverbandes die europäische Baugewerkschaft und der Arbeitgeberverband des Bausektors ein Projekt durchgeführt, in dem die Anwendbarkeit der europäischen Instrumente (EQF und EC-VET) am Beispiel eines Berufes, des Maurers, untersucht werden sollte. Die zentrale Frage war, wie die nationalen Berufsbildungssysteme und die Maurerausbildung strukturiert sind, und ob die Instrumente diese Differenziertheit überhaupt abbilden können. Über die Ergebnisse dieses Projektes soll in einem folgenden Beitrag berichtet werden.

*Rolf Gehring*

Das mit erdrückender Mehrheit verabschiedete Parteiprogramm der Linken unterliegt jetzt einem Prozess der Ausdeutung. Die etwas sperrige Rede Gregor Gysi auf dem Parlamentariertag in Kiel läßt ahnen, wie die Partei im Kampf um soziale Entwicklung, politische Demokratie und Emanzipation ihren Platz im Parteiensystem der BRD auch im Westen finden könnte. Wir dokumentierten den Text vollständig.

## Rede von Gregor Gysi auf dem 2. Parlamentariertag der Linken am 16./17. Februar 2012 in Kiel

Auf dem letzten Parlamentariertag der Linken habe ich bereits ausführlich über den Begriff der Demokratie gesprochen. Eigentlich müsste ich mir jetzt ein anderes Thema suchen, damit nicht der Verdacht aufkommt, mir fiel nichts Neues mehr ein. Aber die gesellschaftliche Entwicklung, nicht ich, ist bei diesem Thema stehen geblieben. Zugleich müssen wir registrieren, dass für die in Not geratenen Länder der Euro-Zone nicht nur die demokratische Selbstbestimmung außer Kraft gesetzt wurde, Merkel und Sarkozy vielmehr das postdemokratische Krisen-Management für sich entdeckt haben, wir müssen auch erleben, dass der Sozialstaat zur Disposition gestellt wird. Daher werde ich über „soziale Demokratie“ sprechen.

Zuvor seien mir aber einige Anmerkungen zu Krieg und Frieden gestattet. Ich möchte dabei allerdings verdeutlichen, dass man das Thema aus einer dezidiert demokratischen Perspektive angehen muss.

### Aktualität – Krieg und Frieden

Warum stellen wir uns gegen den Krieg als Mittel der Politik? In dieser Abstraktheit ist schwer zu argumentieren, vor allem ist die Wahrheit immer konkret. Gehen wir also zu den Beispielen Libyen, Syrien, Iran.

Sarkozy und Berlusconi fanden ihren Kumpel Gaddafi vor dem Hintergrund der arabischen Revolutionen plötzlich peinlich und warben intensiv für eine Intervention. Heraus kam eine Nato-Intervention in einen Bürgerkrieg. Die Folgen kann man noch nicht absehen, aber die jetzige Übergangsregierung ist der Auffassung, dass Libyen erneut vor einem Bürgerkrieg stehe. Betrachten wir Vergleichsfälle. Der Kosovo-Krieg und der Afghanistan-Krieg stellen ebenfalls parteinehmende Interventionen in bereits bestehende Bürgerkriegssituationen dar.

In dem einen Fall wurde ein UCK-

### Wirtschafts- presse

**Zeitungs- und Zeitschriftenverleger machen Front gegen Bauer-Verlag.** FAZ, Sa., 11.2.2012. Es geht um einheitliche Handelsspannen im Vertriebsnetz der Verleger. Die Verlegerverbände VDZ und BDZV gehen – unter Führung des Vertriebschefs des Axel Springer Verlags – gegen Alleingänge des Bauer-Verlags vor, der die einheitlichen Handelsspannen angreift. Die Verlage verlangen von der Politik, dass im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen einheitliche Handelsspannen verankert werden.

**Kliniken und Pharmaunternehmen fordern finanzielle Entlastungen.** FAZ, Mo., 20.2.2012. Auf dem Hintergrund der Überschüsse der Krankenkassen von mehr als 16 Mrd. € wollen der Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft, A. Dänzer, und die Pharmabranche Sparmaßnahmen zu ihren Lasten nicht mehr akzeptieren. Die Pharmaunternehmen bezweifeln, dass der Zwangsrabatt auf verschreibungspflichtige Medikamente noch akzeptabel sei und die Krankenhäuser stellen die Verfassungsmäßigkeit des Kürzungsgesetzes zu Lasten der Kliniken aus dem Jahr 2009 in Frage. Die Grundlage sei mit den Milliardenüberschüssen der Kassen entfallen. A. Dänzer beschwerte sich deshalb bereits bei Bundesgesundheitsminister D. Bahr und wies zudem auf die steigenden Kosten hin, mit denen die Kliniken angesichts jüngster und kommender Tarifabschlüsse konfrontiert seien.

**Pharmabranche sieht Standort Deutschland in Gefahr.** FAZ, Mo.,

20.2.2012. Nach Auskunft des Verbands der forschenden Arzneimittelhersteller (VfA) verliert der Standort Deutschland an Attraktivität. „Wir werden in den kommenden Jahren Arbeitsplätze abbauen“, sagte der Verbandsvorsitzende H. Pfundner. Zur Zeit sind 85 000 Menschen in 43 Mitgliedsunternehmen beschäftigt. Der Umsatz sank im letzten Jahr um 3 Prozent auf 38 Milliarden €. Grund sei vor allem der Zwangsabatt auf Medikamente und das per Gesetz verfügte Preismoratorium, was im vergangenen Jahr mit einer Belastung von 8 Mrd. € zu Buche schlug.

**Arbeitgeber greifen Zweckentfremdung der Arbeitslosenversicherung an.** FAZ, Di., 28.2.2012. Seit Jahren habe der Bund Mittel aus der Arbeitslosenversicherung missbraucht. Mit dem Geld finanziere die Bundesregierung Arbeitsmarktpolitik für Hartz-IV-Empfänger, obwohl diese Kosten aus Steuermitteln aufgebracht werden müssten. „Durch diesen ungebührlichen Zugriff sind in den vergangenen Jahren fast 30 Milliarden Euro an Versicherungsmitteln zweckentfremdet worden“, sagte P. Clever, stellvertretender Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit und Vertreter des Arbeitgeberverbandes. Sollten die Klagen, die dagegen geführt werden, erfolgreich sein, so könnte die Arbeitsagentur im Jahr 4 Mrd. € sparen. „Die Bundesagentur könnte mit dem Geld eine Rücklage aufbauen, um für schwierige wirtschaftliche Zeiten gerüstet zu sein“ so Bundesagentur-Verwaltungschef Clever. *Zusammenstellung: rst*

Staat geschaffen, dessen serbische Minorität immer noch von ausländischen Truppen militärisch geschützt werden muss. In Afghanistan dauert der Krieg nun schon zehn Jahre an und ein Ende ist nicht abzusehen. Wenn jemand sagt, „wir können doch nicht einfach wegsehen“, dann muss man u.a. antworten: Wen von den Freunden humanitärer Interventionen hat es je interessiert, wie es mit der Menschenrechtssituation nach einer Intervention aussah? Sie schauen dann weg!

Das Gleiche kann in Syrien passieren. Bemerkenswert, als neue Variation, ist hier, dass die Arabische Liga den Vorreiter für eine Art Intervention spielt.

Ausgerechnet das menschenrechtsunfreundliche Regime in Katar fühlte sich berufen, diese Idee ins Spiel zu bringen. Dass Russland im UN-Sicherheitsrat sich gegen eine Resolution aussprach, hat keine demokratischen, sondern eigennützige Gründe: Syrien ist der einzige verbliebene Zugang für die russische Flotte zum Mittelmeer. Im Sicherheitsrat prallten einfach zwei unterschiedliche geostrategische Interessenlagen, der USA und Russlands, aufeinander.

Iran ist ein Beispiel dafür, wie wirkungslos Sanktionspolitik sein kann. Gerade die Sanktionen haben Gespräche über die Beendigung des Atomprogramms eher behindert als gefördert. Falls der Iran an der Atombombe arbeitet – und hier kann man nicht oft genug betonen, dass nichts genaues bekannt ist –, wäre das eine Niederlage für alle. Wir brauchen aber einen anderen Weg. Die Atomkräfte pochen auf ihrem Monopol. Die USA, Russland, China, Großbritannien, Frankreich, Indien, Pakistan und Israel müssen ihre Atomwaffen so schnell wie möglich und vollständig vernichten, um überhaupt legitimiert zu sein, den Bau von Atomwaffen in anderen Ländern zu unterbinden.

Die Palette der westlichen Außenpolitik, Eskalieren bis es zur militärischen Auseinandersetzung kommt, ist ausgereizt. Es bleibt bei uns, das immer wieder klar zu machen. Unsere Aufgabe in den Parlamenten besteht darin, bessere, auch erfolgversprechendere Wege aufzuzeigen.

Aber manchmal, in der Darstellung unserer Positionen, bedarf es auch des Feingefühls. Wir haben einen großen Vorteil. Die Mehrheit der Deutschen mag keinen Krieg. Kriegseinsätze sind ihnen eigentlich suspekt. Weniger davon ist besser, gar keine am besten. Diese Situation unterscheidet sich gewaltig von der Zeit, in der z.B. Karl Liebknecht mit seinem „Nein“ gegen die Kriegskredite stimmte. Dass wir da unter sehr günstigen Umständen wirken, erlaubt es uns nicht, Positionen zu unterstützen, sich in Positionen zu verirren, die uns von der Bevölkerung entfernen. Ebenso wenig wie Krieg mögen die Deutschen Diktaturen. Es ist keineswegs Rhetorik, um

sich besser zu verkaufen, es geht auch um das eigene Selbstverständnis: Auch wir sind für Demokratisierungen in jedem Land der Welt. Unsere Stellungnahmen lassen da keinen Zweifel aufkommen.

#### **Anmerkungen zum Begriff „soziale Demokratie“**

Der Ausdruck „soziale Demokratie“ scheint dem Vokabular der Sozialdemokratie entnommen zu sein. Historisch mag das sogar richtig sein, aber das spielt eine nur untergeordnete Rolle. Heute sprechen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Konservative, FDP-Liberale und Grüne alle von „sozialer Marktwirtschaft“ – und das zeigt vor allem, dass nicht klar ist, was „soziale Marktwirtschaft“ eigentlich noch bedeuten soll. Wir benötigen einen anderen Begriff, und dazu bietet sich „soziale Demokratie“ an.

Es ist einzigartig für uns Linke, alles in den Zusammenhang mit der sozialen Gerechtigkeit zu stellen, die Frage des Friedens, die ökologische Frage und auch die Frage der Demokratie. Der Begriff „soziale Demokratie“ reflektiert, dass es zwischen der kapitalistischen Grundlage, auf der die modernen Demokratien entstanden sind, und den normativen Legitimationsannahmen demokratischer Herrschaft einen latenten Widerspruch gibt, der zuweilen auch grell hervortritt. Diese These hört sich für uns zwar eingängig an, trotzdem erläutere ich sie, um die Punkte, bei denen Handlungsbedarf besteht, genauer einzukreisen.

Demokratie – wie auch immer sie konkret institutionalisiert ist – geht davon aus, dass die Menschen als Personen gleich sind, d.h. als Gleiche und Freie an der gemeinsamen Bestimmung ihrer gemeinsamen Angelegenheit mitwirken.

Hier gibt es einen wichtigen Unterschied zum Liberalismus, auch zum klassischen Liberalismus, zu dem die Neoliberalen alle Verbindungen gekappt haben. Zwar finden wir bei John Locke und anderen Liberalen, ebenso in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung den Gedanken, dass alle Menschen gleich und mit gleichen „natürlichen“ Freiheitsrechten ausgestattet sind. Der Liberalismus war aber ein Verfassungsprogramm, das staatliche Herrschaft dann als legitime Herrschaft verstand, wenn sie die naturrechtliche Freiheit des Einzelnen nicht beschnitt, wenn die positive Gesetzgebung dagegen diese Freiheitsrechte stabilisierte. Historisch lässt sich der Liberalismus als eine Ideologie verstehen, welche zur Zurückdrängung absolutistischer Herrschaftsansprüche motivieren sollte und konnte. Systematisch kann man den Liberalismus als ein Verfassungsprogramm verstehen, das auf Herrschaftsbegrenzung ausgerichtet ist.

Aber da auch der Liberalismus von der Gleichheit aller als Träger gleicher Rechte ausgeht, gehört er insofern zu den

fortschrittlichen Traditionen, die eine Linke nicht über Bord wirft. Sie übt allerdings Kritik an der bürgerlichen Zentrierung: Mit freien Personen waren vermögende Eigentümer gemeint, nicht Lohnarbeiter, geschweige denn Frauen oder Sklaven.

Der Republikanismus trat schon im Grundsatz anders akzentuiert auf. Er verstand legitime Herrschaft nicht als im Interesse der Bourgeoisie begrenzte Herrschaft, sondern er verfolgte ein Programm der Herrschaftsbegründung. Bei Rousseau und Kant ist der Bezugsrahmen eine ideale Republik, in der alle als Freie und Gleiche sich als Staatsvolk konstituieren und durch gemeinsame Willensbildung ihre gemeinsamen Angelegenheiten bestimmen. Die Begründung einer Herrschaftsform durch das souveräne Volk ist aber kein einmaliger Akt, sondern er muss permanent stattfinden.

Im Begriff des Bestimmens gemeinsamer Angelegenheiten liegt freilich ein Sprengsatz verborgen. Durch die Bestimmung gemeinsamer Angelegenheiten wird erst die Trennung zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten, das dann eben nicht Gegenstand der politischen Regelung ist, vollzogen. Der Liberalismus setzt diese Trennung bereits voraus, sieht sie als vopolitische an. Bezogen auf das Eigentum heißt das: Es ist für den demokratischen Republikanismus, im Unterschied zum Liberalismus, nichts Sakrosanktes. Wenn deutlich wird, dass das Privateigentum, etwa aufgrund seiner Größe, zu einem Problem für die Freiheit aller wird, dann muss es zum Gegenstand der politischen Behandlung werden. Deshalb sind die Vorschläge in unserem Parteiprogramm zur Herstellung von Eigentumsgerechtigkeit nicht nur wichtig, sondern eine wesentliche Voraussetzung für soziale Demokratie.

Der klassische Liberalismus hat zwar den Nachteil, dass er gegenüber den Freiheitsbedrohenden Wirkungen zu großer Kapitalakkumulation blind ist – und ich spreche hier nicht von den „Freiburger Thesen“, sondern von Locke und Zeitgenossen; aber er scheint nicht Gefahr zu laufen, die Grundrechte im Interesse der Freiheit aller zu suspendieren. Dieser Einwand lässt sich nämlich gegen den Republikanismus durchaus vorbringen – zumindest auf den ersten Blick. Und die Jakobinerherrschaft hat ja auch gezeigt, dass man nicht nur so denken, sondern auch entsprechend handeln kann. Es ist daher wichtig zu sehen, dass das ein Missverständnis des demokratischen Republikanismus ist. Demokratie ist nicht die unmittelbare Herrschaft der Demokraten oder derer, die es zu sein glauben, sondern Demokratie ist eine bestimmte Form der Herrschaft. Diese Form besteht aber nur dann, wenn die Ergebnisse, die generiert werden, ihre Voraussetzungen nicht zerstören. Daher

ist die Herrschaftsbegründung kein einmaliger Akt, sondern muss permanent stattfinden. Was für die ideale Republik nun so einfach, fast tautologisch ist, erfordert aber in nichtidealen, also realen Staatswesen geeignete institutionelle Sicherungen.

Nun ist aber ohne größere Probleme einsichtig, dass kein realer Staat die Form der idealen Republik haben kann. Jeder Entscheidungsbedarf ist unter anderem dadurch gekennzeichnet, dass es einen Zeitaspekt gibt: Man kann daher nicht unendlich lange unter Einbeziehung aller debattieren, bis es eine konsensuale Lösung gibt. Lösungen müssen daher an Verfahren gebunden werden, die absehbar zu einem Ende kommen. Dass ein Resultat des Verfahrens akzeptiert werden kann, hängt dann aber vor allem an der Akzeptabilität des Verfahrens. Auch wenn ich – lax gesprochen – einmal verliere, muss ich sagen können: Das Verlieren lag nicht am Verfahren. Dort allerdings, wo ein Verfahren permanent dieselbe Gruppe an Unterlegenen erzeugt, sollten Zweifel an der Verfahrensgerechtigkeit angebracht sein.

Man kann nun aber die These wagen, dass es nicht die eine bestimmte Verfahrensordnung gibt, die als die adäquate Umsetzung der Idee der Republik angesehen werden muss, sondern dass es im Prinzip sogar unendlich viele Verfahrensordnungen geben kann, die unter dem Anspruch stehen, republikanisch zu sein. Jede Ordnung muss daher die Möglichkeit ihrer Änderbarkeit anerkennen, um den Anspruch einzulösen, eine demokratische Ordnung zu sein. Das heißt mit anderen Worten: Wenn ein konkretes Staatswesen mit der Legitimationsbehauptung, eine Demokratie zu sein, Recht setzt und durchsetzt, unterwirft es sich zugleich Bedingungen einer möglichen Kritik. Die Volkssouveränität äußert sich daher nicht nur positiv in Wahlen, Mehrheitsentscheidungen usw., sie äußert sich sozusagen negativ in der permanenten Infragestellung bzw. Kritik der Ordnung. Das wird in Grundrechten wie der Meinungsfreiheit ausgedrückt. Daher muss eine Verfassung einen Grundrechtekatalog sowie eine effektive Institutionalisierung der Grundrechtgarantie aufweisen.

Jede und jeder, die bzw. der sich einmal mit Marx beschäftigt hat, wird vollkommen zu Recht monieren, dass ich diese Aspekte des Demokratiebegriffs in einer Art luftleeren Raum dargestellt habe. Die Mehrheitsentscheidung wurde von mir als Derivat des Konsenses interpretiert. Aber ist das Erzielen von Konsensen in einer kapitalistischen Gesellschaft überhaupt auch nur denkbar? Ist die Idee der Demokratie in einer kapitalistischen Gesellschaft, aufgrund ihrer Klassenspaltung, nicht bloße Ideologie, die eben diese Interessengesätze verschleiert? Was sich hier, mit dieser Frage andeutet, ist ein Problem. Das sozialisti-

sche Denken – und das gilt erst recht für die sozialistische Praxis – hat sich immer wieder als ein Schwanken zwischen demokratischen und antidemokratischen Tendenzen dargestellt. Das müssen sich Sozialistinnen und Sozialisten immer wieder klar machen. „Demokratischer Sozialismus“ ist daher auch eine Entscheidung. Sein Programm besagt nicht: Der nächste Sozialismusversuch wird ein bisschen demokratischer; sein Programm besagt: Der demokratische Rechtsstaat ist eine nicht hintergehbare Form, nur innerhalb einer so verfassten Gesellschaft sind weitergehenden politische und soziale Emanzipationen möglich. Das mögen andere anders sehen, aber demokratische Sozialistinnen und Sozialisten müssen diese Entscheidung getroffen haben.

Und diese Entscheidung ist keine Willkür. Wer sich einmal mit Marx' Bonapartismus-Analyse oder mit den sehr unterschiedlichen marxistischen Faschismusanalysen beschäftigt hat, der wird bemerkt haben, dass es immer einen Punkt gegeben hat, in dem die zähe Verteidigung von Kapitalinteressen zu einem Bedürfnis führte, die demokratische Herrschaft zu beseitigen. Auch die Bereitschaft, die Exekution derartiger Interessen an eine Staatsbürokratie zu delegieren, demokratische Institutionen zu entleeren, zeigt, dass die Demokratie Emanzipationspotenziale aufweist, die uns interessieren müssen. Diese Emanzipationspotenziale bestehen gerade darin, dass sich die Interessenantagonismen auch in der Sprache des Rechts artikulieren lassen, damit aber der politischen Bearbeitung zugänglich werden. Sich für die Demokratie einzusetzen, sie zu stärken, bedeutet dann auch, den Einfluss des Kapitals auf den Staat und auf die Gesellschaft als Ganzes zurückdrängen zu können, ja zu müssen.

Der Widerspruch zwischen Kapitalismus und demokratischer Herrschaftsform lässt sich aber nicht nur theoretisch behaupten und explizieren, er erscheint auch. Dafür möchte ich einige wenige Beispiele benennen:

1. Ökonomische Macht und politischer Einfluss: In kapitalistischen Gesellschaften ist nichts so ungleich verteilt wie ökonomische Macht. Diese ökonomische Macht bedeutet aber politischen Einfluss. Das geht von Korruption über Lobbyismus bis zur offenen Drohung bezüglich Investitionsentscheidungen und Kapitalabwanderungen. In den letzten zwanzig Jahren konnte man beobachten, wie die Interessen von Export- und Finanzindustrie die Politik der Bundesregierung bestimmt haben: auf Kosten von Steuereinnahmen, auf Kosten der Lohnentwicklung, auf Kosten der Rentenentwicklung, auf Kosten der Sozialerinnahmen. Inzwischen haben einige wenige Finanzmarktakteure ausreichend Macht, um Staaten an die Kette zu legen. Es klingt schon fast revolutionär,

wenn man das als Verletzung des Prinzips „One man one vote“ bezeichnet. In diesen Bereich gehört auch die oben kurz angesprochene Frage der Eigentumsungerechtigkeit.

2. Einkommensungleichheit, Vermögensungleichheit und Rechtsgleichheit. Bezieherinnen und Bezieher hoher Einkommen sowie Besitzerinnen und Besitzer größerer Vermögen können ihre Rechte deutlich besser wahrnehmen als Bezieherinnen und Bezieher geringerer Einkommen bzw. als nicht Vermögende. Hier wird Rechtsgleichheit zur Ungerechtigkeit aufgrund materieller Ungleichheit. Die Rechtsdurchsetzung ist für Menschen mit Vermögen oder höheren Einkommen deutlich leichter als für andere.

3. Zugang zu Medien: Das Recht auf freie Meinungsäußerung wird etwas mehr wert, wenn man auch gehört wird, wenn es eine mediale Wahrnehmbarkeit gibt. Hier sind diejenigen mit geringen Einkommen und ohne Vermögen ebenfalls deutlich im Nachteil.

4. Gleiches gilt für den chancengleichen Zugang zu Kultur, zur Bildung, zum Sport und zu anderen Bereichen.

Aufgrund dieser Beobachtungen, die wirklich nicht schwer zu machen sind, hat man den Begriff der Teilhabe entwickelt. Teilhabe ist eine Fortentwicklung des Begriffs der Rechtsgleichheit und zielt auf die Herstellung effektiver Gleichheit. Im Interesse demokratischer Gleichheitsideale thematisieren wir Ungleichheiten im faktischen Zugang zu den Sphären des ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Lebens. Um die Ungleichheiten zu beseitigen, wenigstens abzubauen, ist aber das Rechtsgleichheitspostulat unzureichend. Erforderlich ist die politische Intervention in die faktische Machtverteilung, um dort Ungleichheiten abzubauen.

Diese Interpretation der Teilhabe, also die permanente politische Intervention, um Ungleichheiten der faktischen Machtverteilung abzubauen, betrachte ich als den Kerngehalt des Begriffs „soziale Demokratie“. Die Verfassung strukturiert nicht nur den Staat im engeren Sinn, sie begreift das Recht als etwas, das die Gesellschaft formt. Wer sich einmal über den Zusammenhang zwischen Sozialstaatsprinzip, Sozialpflichtigkeit des Privateigentums und Vergesellschaftungsoption im Grundgesetz Gedanken gemacht hat, wird nicht leugnen können, dass die Verfassungsordnung des Grundgesetzes deutlich und klar im Sinn einer sozialen Demokratie gedeutet werden kann. Oder man entleert den Sinn der entsprechenden Artikel. Trotzdem streiten wir dafür, soziale Grundrechte deutlicher ins Grundgesetz aufzunehmen.

Allerdings ist die Verfassung alles andere als ein Mechanismus, bei dem man nur den richtigen Hebel umlegen muss, und dann kommt gewissermaßen auto-

matisch eine Art demokratischer Sozialismus heraus. Diesen Idealismus kann und will ich hier keineswegs predigen.

### Felder der Auseinandersetzung

Eine Gesellschaft wird dann sozialer und demokratischer, je mehr es gelingt, die Verheißungen gleichen Rechts in gleiche Teilhabe zu verwandeln. Das ist eine Aufgabe, die man als Politisierung sozialer Konflikte bezeichnen kann. Dass die mit Lobbyisten, Einfluss und ökonomischer Macht ausgestatteten Mächtigen am weiteren Ausbau ihres politischen Einflusses arbeiten, daran sollte kein Zweifel bestehen. Wir haben öfter den Ausdruck einer „Diktatur der Finanzmärkte“ verwendet, und bei dieser Formulierung sollten wir auch bleiben, solange gewählte Regierungen zittern müssen vor dem gewalttätigen Wort einiger privater Ratingagenturen. Diesen Regierungen, wie z.B. der Merkel-Regierung fällt dann aber auch nichts Besseres ein, als die Imperative des Ratings an Staaten wie Griechenland durchzustellen, die eigene Abhängigkeit also zu verstärken, indem man als Befehlsempfänger dann den Befehlsgeber gibt. Wir müssen uns daher Gedanken machen, nicht nur auf der Ebene der großen Konzeptionen, was auf diesem Feld „Gegenwehr“ überhaupt heißen kann.

Ein anderes Feld, auf dem gerade auch der Einfluss kapitalistischer Lobbygruppen spürbar ist, ist das Feld der gemeinsamen Güter. Das beginnt mit kommunalen Einrichtungen, reicht aber bis zu Vorhaben wie ACTA. Die Vorstellung, dass die Teilhabe an kommunaler Infrastruktur und kulturellen Gütern wie Musikschule, Bibliotheken aber auch Wissenserwerb, wie es das Internet ermöglicht, keine Selbstverständlichkeit ist, dass das eine bedrohte, fragile Angelegenheit ist, dürfte bei jeder und jedem angekommen sein. Heute werden die sozialen Kämpfe um den freien Zugang zu diesen Gütern geführt, und da muss die Linke ihren Platz finden. Soziale und kulturelle Teilhabe wird zu einem sehr großen Teil über diese gemeinsamen Güter organisiert. Soziale Grundrechte: Konservativ-Liberale sehen diesen Begriff mit Skepsis. Da ist es gut, dass es nicht nur Konservativ-Liberale gibt, sondern etwa auch das Bundesverfassungsgericht. Das Hartz IV-Urteil war deshalb so wichtig, weil es klar gemacht hat, dass es soziale Rechte gibt, die nicht nur gewährt werden, die von der Kassenlage des Staates abhängen, sondern umgekehrt: Etwas als soziales Grundrecht anzusehen bedeutet, dass der Staat dessen Sicherstellung zu garantieren hat. Eine demokratische Linke muss dazu beitragen, dass soziale Grundrechte zu wirksamen Rechtsbegriffen ausgestaltet werden, nicht bloße Metaphern sind.

Bei alldem muss eines klar sein. Die Linke spricht nicht für sich selbst. Sie selbst führt auch keine Veränderungen

herbei. Sie ist erst einmal nur eine Partei. Die Linke muss versuchen, sich die Perspektive der gesellschaftlich Unterlegenen zu eigen zu machen, etwas, das immer schwerer wird, je länger man sich in den Institutionen bewegt. Daher ist es ebenso wichtig, nach Formen zu suchen, diese politisch zu unterstützen, die eine Selbstermächtigung der gesellschaftlich Unterlegenen ermöglichen. So kann auch die Gefahr verringert werden, dass wir uns von denen, die uns mit Hoffnungen wählen, unbewusst abkoppeln.

Ich habe hoffentlich deutlich gemacht, dass ich die Demokratie für eine entwicklungs offene Angelegenheit halte, dass sich die Demokratie fortschrittlich entwickeln muss, damit der gegenwärtige Prozess der Ausgrenzung von Menschen auch wieder umgekehrt wird.

Nun hatten wir in der letzten Zeit ja mediale Aufmerksamkeit dadurch erhalten, dass sich der Verfassungsschutz mit uns beschäftigt. Alle von uns haben alles Nötige dazu gesagt. Nur so viel, und das ist keine Ergänzung, sondern nur eine Zusammenfassung: Der verfassungspolitische Geist, der eine Einrichtung wie den Verfassungsschutz auf Antifaschistinnen und Antifaschisten, Antimilitaristinnen und Antimilitaristen, Sozialistinnen und Sozialisten loslässt, geht davon aus, dass unsere Demokratie in einem Zustand ist, in den Mächtigen soziale Kritik nicht nur überflüssig, sondern auch noch gefährlich erscheint. Diese Haltung ist gefährlich: Sie stellt die Entwicklungsfähigkeit, die Entwicklungsbedürftigkeit und damit die Lebensfähigkeit unseres demokratischen Gemeinwesens in Frage. Das wiederum können wir nicht akzeptieren. Überhaupt sind Geheimgremien und geheim arbeitende Einrichtungen ein grundsätzliches Problem in einer

demokratischen Gesellschaft. Die einzige Sphäre, in der in legitimer Weise Geheimnisse existieren sollten, ist die Privatsphäre. Sexuelle Präferenzen anderer gehen mich nichts an. Und wenn diese ein großes Mitteilungsbedürfnis haben, ist es ihre Sache. Bei geheim arbeitenden Strukturen des Staates stellt sich aber eine Paradoxie ein: Wenn ein Schutzbedarf behauptet wird, dann muss er mit Gründen legitimierbar sein. Diese Gründe können aber nicht frei Haus mitgeliefert werden, weil es angeblich den Schutzbedarf gibt. Die Öffentlichkeit, in der sich Legitimationsprozesse abspielen, wird außen vor gelassen. Gerade bei der Untersuchung der schwerwiegenden Ermittlungsversäumnisse im Zusammenhang mit dem Rechtsterrorismus des sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrunds“ wird sich das als großes Problem erweisen: Wie kooperationsfähig können geheim arbeitende Institutionen überhaupt sein? Einen Vorgeschmack liefert jedenfalls eine Antwort der Bundesregierung auf eine „Kleine Anfrage“ (BT-17/8263) der Bundestagsfraktion Die Linke. Dort lässt die Bundesregierung nämlich erkennen, dass es Geheimnisse gibt, die so schutzbedürftig sind, dass sie nicht einmal mehr in der Geheimschutzstelle des Bundestages ausgelegt und eingesehen werden dürfen. In der „Kleinen Anfrage“ ging es übrigens um die Arbeit der staatlichen Sicherheitsapparate in der Bekämpfung des Rechtsextremismus.

Mit den Feldern, auf denen heute die Auseinandersetzung um die soziale Demokratie geführt wird, ist auch deutlich geworden, wo Die Linke Beiträge leisten kann. Wenn wir das tun, zeigen wir, wozu wir taugen; wenn wir es nicht zeigten, benötigte uns niemand.

Quelle: [www.linksfraktion.de/reden/kieler-rede/](http://www.linksfraktion.de/reden/kieler-rede/)

**BETREFF: PERSPEKTIVWECHSEL.** – Politische Diskurse entwickeln sich in kulturellen Zusammenhängen, die – kritisch oder apologetisch – auf die Nationalgeschichte zugeschnitten sind. Mit der EU besteht heute ein übergreifender politischer Zusammenhang, in dem es auf Kunst ankommt, auch einmal die Perspektive der Nachbarn einzunehmen. In loserer Reihe wollen wir an dieser Stelle Bücher und andere kulturelle Produktionen vorstellen, die dabei helfen. Nachfragen und Angebote an [pb@gnn-verlage.de](mailto:pb@gnn-verlage.de), Betreff: Perspektivwechsel.

## „Film ist die Wahrheit 24mal in der Sekunde“ – Jean-Luc Godard und die Groupe Dziga Vertov

Der revolutionäre Aufbruch im französischen Mai 68 spielte in vielen Filmen von Jean-Luc Godard eine wichtige Rolle: Nicht nur der Inhalt, auch die Form war ein Bruch mit Althergebrachtem. Er beteiligte sich an Protest wie den erfolgreichen Aktionen für einen Abbruch der Filmfestspiele von Cannes und an der kollektiven Filmproduktion der Groupe Dziga Vertov. Godards Kritik des etablierten Kinos und seiner Bildersprache ist explizit Thema in seinen 68er-Filmen. Fünf da-

von sind zusammen mit drei weiteren Filmen als Jean-Luc Godard Edition 2 in einer sorgsam editierten DVD-Box erschienen.

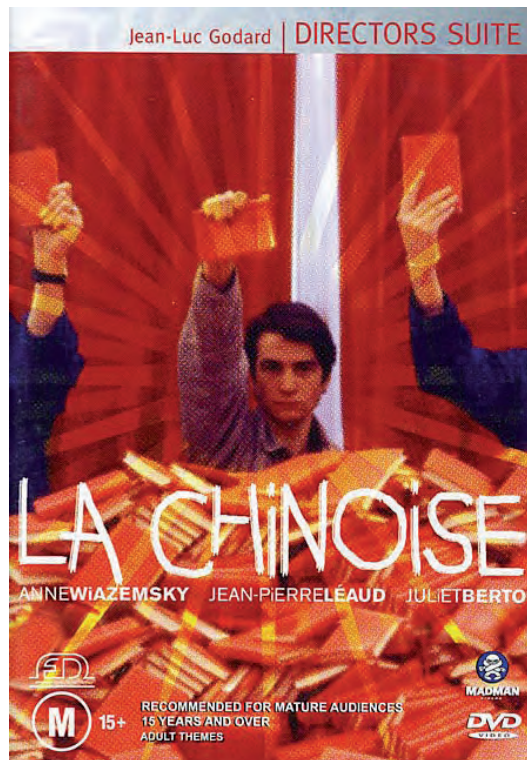
Die Filme entstanden nach dem von Godard proklamierten Ende des Kinos: „Fin de cinéma“, steht auf der am Schluss eingeblendeten Tafel in Godards wunderbarem „Weekend“ von 1967. Bald darauf entstand „Die Chinesin“, der eher ein Diskurs- als ein Spielfilm ist. „Die Chinesin“ ist der früheste der Filme in der DVD-Box, mit dem

sind es sogar sechs Filme aus Jean-Luc Godards kulturrevolutionärer Aufbruchzeit. Den Film hat Godard zu einer Zeit fertiggestellt, als es an den französischen Unis bereits massive Proteste gab – eben 1967. „Die Chinesin“ ist ein, nun ja, Spielfilm. Aber nicht im klassischen Sinn. Godards Abschied vom konventionellen Erzählkino begann bereits, bevor er 1959 seinen ersten Spielfilm „À bout de souffle“, Außer Atem, drehte. Er beteiligte sich als Autor der „Cahiers du cinéma“ in den 50er Jahren an der Kritik des bürgerlichen Filmschaffens der Traumfabriken Hollywoods und Europas.

In „Die Chinesin“ ist eine ungelebte Bildsprache zu sehen, die mit Sehgewohnheiten bricht, sich gegen ein oberflächliches Konsumieren des Filmes als Unterhaltungsware ganz anders erschließt. Die Dekolonialisierung des Trikonts, die Kritik der Gesellschaft des Spektakels, die chinesische Kulturrevolution, all dies schwingt in dem Film bereits mit. Das kleine rote Buch mit gesammelten kurzen Zitaten von Mao Tse-tung, Symbol der Roten Garden in der Kulturrevolution und beliebte Devotionalie radikalisierter Studierender in Westeuropa, benutzte Godard in „Die Chinesin“, um damit ganze Wände in den Bücherregalen zu errichten. Die Begeisterung war groß für Maos Parole „Bombardiert das Hauptquartier!“, mit der er 1966 die studentischen Roten Garden ermutigte, die Parteifunktionäre zu entmachten. Sie wurde in Europa von radikalen jungen Linken, die Maoisten genannt wurden, verstanden als Revolution in der Revolution, gegen Verbürokratisierung und eine Rückkehr zum kapitalistischen Markt.

In „Die Chinesin“ sind es fünf junge Studierende um die 20, die sich für einen Sommer in einer großbürgerlichen Stadtwohnung einrichten. Sie gründen eine Zelle und diskutieren. Sie finden sich sehr wichtig, jeder Satz ist bedeutungsvoll. Es ist die Wohnung der Eltern von Véronique (Anne Wiazemsky). Sie studiert Philosophie und kommt aus einer Bankiersfamilie. Am Radio hört sie aufmerksam die Sendungen von Radio Peking, in denen der revolutionäre Aufschwung in Westeuropa unmittelbar bevorzustehen scheint. Ihrem Freund Guillaume (Jean-Pierre Léaud) sitzt sie gegenüber am Tisch, beide in Bücher vertieft, sie unterstreichen, machen Notizen.

Der Chemiestudent Henri (Michel Semeniako) kommt blutüberströmt in die Wohnung: Waren dass die vom Occident, fragt Veronique, sie denkt zuerst an Neonazis. Nein, erwidert Henri, es waren die von der PCF. Am Rand der Versammlung marxistisch-



leninistischer Studenten über die chinesische Kulturrevolution haben ihn Schläger von der KP erwischt.

Guillaume deklamiert Weisheiten aus dem Roten Buch, jenem Sammelurium von Mao-Zitaten zu allen erdenklichen Fragen kommunistischer Politik. Kirilov (Lex de Bruijn) bastelt schweigsam an einem Fahrradlenker, er ist depressiv und selbstmordgefährdet. Yvonne (Juliet Berto) trägt besonders gerne die blaue Ballonmütze im Maolook. Sie studiert nicht, ist von der Enge des elterlichen Bauernhofes in die Stadt geflohen und meistens beim Putzen oder Abwaschen zu sehen. Gegen die Revisionisten, wie damals Maoisten die an Moskau orientierten klassischen Kommunisten nannten, ist sie auch: Bei der Demonstration gegen den Vietnamkrieg hätten sie mit Rufen „Rote Garden – Mörder“ die maoistischen Gruppen zu übertönen versucht, als diese „USA – Mörder“ riefen. Der Vietnamkrieg ist sehr präsent. Eigentlich wollte Godard, dass in „Die Chinesin“ maoistische Studierende sich selbst spielen. Da überwog wohl die Skepsis, aber die jungen SchauspielerInnen wirken mit ihrem Rigorismus überzeugend, auch wenn einiges sicher überzeichnet ist.

Als „La Chinoise“ im September 1967 in die Kinos kam, kritisierten viele maoistische Militante die Betonung der gewalttätigen Aktion im Film. Véronique will am liebsten die Unis in die Luft jagen, die Zelle bereitet einen Anschlag auf den sowjetischen Kulturminister vor.

Das wirkt so aufgesetzt, wie es wohl auch war: So treffend der Film laut ZeitzeugInnen die Stimmung der maoistischen Szene 1967 widerspiegelt, so abwegig ist es, sie mit Attentaten oder

bewaffneter Propaganda in Verbindung zu bringen. Einen faszinierenden Steinbruch an maoistischen und anarchistischen Theoriefragmenten bietet „La Chinoise“ aber allemal. Wer Schriften von Mao kennt, wird sicher etwas wiedererkennen. Dabei zeigt „La Chinoise“ auch, dass die Kritik am Revisionismus der Sowjetunion auch andere Wege gehen kann als zurück zu Stalin. In der maoistischen WG ist keineswegs alles Retro, vielmehr wirkt die Bezugnahme auf marxistische Klassiker, auf Brecht und Bucharin sehr bewegungsorientiert. Von Bucharin werden, leicht überhörbar, seine von Verzweiflung und Zweifeln am Personenkult geprägten letzten Worte in dem gegen ihn gerichteten Moskauer Prozess von 1936 rezitiert. Wer sich etwas in der Geschichte des Kommunismus auskennt, erkennt hier die Distanz zu Stalin. Godard macht Filme, in denen es beim zweiten oder dritten Ansehen immer noch vieles Unentdecktes gibt, weil in ihnen ebenso vielschichtig wie parallel visuelle und akustische Signale und Informationen enthalten sind, zwischen denen wiederum bewusst, offensichtlich und komplex Assoziationen erzeugt werden.

Gleichwohl ist Godard bei „La Chinoise“ noch nicht so radikal in seiner Montagetechnik wie in seinen 68er-Filmen. Es gibt eine Art Handlungsrahmen. Mit einmontierten Exkursen, und mit einer für Godard typischen Dekonstruktion der Produktionsweise seines eigenen Filmes. So erklärt Guillaume, dass er sich jetzt so erklärt, weil er vor der Kamera sitzt, worauf im Gegenschnitt die 35-mm-Kamera mit Kameramann zu sehen ist, oder der Tonmann beim Aufnehmen mit der Nagra.

Dabei sind im Film viele alltägliche Symboliken aus der Zeit eingebaut – nicht nur mit Hammer und Sichel geschmückte Zeitungsköpfe, sondern Comics, Fotos, Werbung. Müßig, hier eine Authentizität zu behaupten – die unreflektierte Abbildung der Realität, der Welt des Scheines ist nicht Godards Ding. Vielmehr die Neuzusammensetzung, Revolutionierung der Wahrnehmung.

Dazu gehört auch ein französischer Chanson der Zeit, dessen Refrain nur aus der Wiederholung des Namens des Großen Vorsitzenden und Steuermanns der KP Chinas besteht: „Mao, Mao...!“

Von heute aus gesehen wird an „La Chinoise“ etwas deutlich, was im revolutionären Wollen 1967 wenig beachtet wurde: Das Elitäre der Studierendenbewegung, das frapperend gnadenlos kritisiert wird. Dadurch, wie gezeigt wird, dass selbstverständlich die ungelebte Bauerntochter für die Reproduktionsarbeit zuständig ist. Godards Ra-

dikalität machte in seinen politischen Filmen nicht davor Halt, die Lebenswirklichkeit seiner ProtagonistInnen zu hinterfragen. Nicht zuletzt auch dadurch, dass die temporäre WG sich am Ende des Sommers auflösen muss. Die Parolen werden von den Wänden gewaschen, die Maobibeln aus den Regalen gefegt.

Godard beteiligte sich an den Protesten im Pariser Mai 1968. Bekannt ist, dass er als Kameramann Aktionen und Diskussionen auf Zelluloid festhielt. Als einer unter vielen, weshalb zum Graus einiger Cineasten nicht eindeutig feststellbar ist, welche Anteile an dem kollektiven Filmen Godard hatte. Dabei nutzten die revolutionären Kameraleute die neuesten technischen Möglichkeiten und ersetzten das bis dahin dominante 35-mm-Filmmaterial durch das günstigere im 16-mm-Format. Auch die Kameras waren so leichter, wendiger. Statt statischen durchinszenierten Szenen vor schwereren 35-mm-Kameras wurde nun mit Handkamera, ohne Stativ mitten im Geschehen gedreht. Aus dem revolutionären Aufbruch heraus entstand bald die Gruppe Dziga Vertov. Neben Godard ist auch von Jean-Henri Roger und Jean-Pierre Gorin bekannt, dass sie in der Gruppe mitwirkten. Um ökonomisch unabhängiger von der Filmindustrie arbeiten zu können, benutzte die Gruppe die damals neue Videotechnik, außerdem wurde nach alternativen Wegen zum Publikum gesucht, da der Kinofilmvertrieb von nahezu kartellförmigen Distributionsfirmen beherrscht wurde. Godard benutzte seine Popularität und die Kulturmarktgängigkeit seines Namens, um Aufträge für Fernsehfilme zu bekommen, so für die BBC und die RAI: in „British Sounds“ ging es um die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse in Britannien, in „Lotta in Italia“ in Italien, selbstredend in radikal assoziativen Montagen. Beide Filme sind leider nicht in der jetzt bei Arthaus erschienenen CD-Box enthalten sondern nur in der vollständigen, gut editierten Box Grupo Dziga Vertov von intermedio.net aus Spanien, die wegen der Diskursmächtigkeit aber nur gut Spanischsprechenden zu empfehlen ist.

Die Gruppe Dziga Vertov stellte sich Fragen, vor denen linke Filmschaffende auch heute stehen: Etwa die, wie sich Ausbeutung am Arbeitsplatz überhaupt darstellen lässt. „Tout Va Bien“, der auf deutsch unter dem Titel „Alles in Butter“ läuft, ist hierzu ein wichtiger Film. Er schildert die Besetzung einer Salamifabrik durch einen Teil der Belegschaft, der sich, ganz in der Tradition des Mai 68, der Kontrolle durch die Gewerkschaftsbürokratie der nominell kommunistischen CGT verweigert. Sie wollen mehr als ein paar Centimes

mehr, sie wollen nicht mehr so menschenunwürdig arbeiten, in Akkordhetze, von Vorarbeitern schikaniert, wenn sei mal auf die Toilette müssen. Der Film schildert die Besetzung aus der Sicht der US-amerikanischen Radiokorrespondentin Susan (Jane Fonda), die den Firmenchef interviewen will und von ihrem Mann, Jacques, einem linken Filmregisseur (gespielt von Yves Montand) begleitet wird. Die BesetzerInnen halten den Chef während ihres wilden Streiks in seinem Büro als Geisel. Der CGT-Funktionär versucht den Chef zu befreien, schließlich ist er sein Verhandlungspartner. Der Journalistin erzählen einige Arbeiterinnen, wie sie leben, was sie fordern. Gegen die Erniedrigung, gegen die Arbeitshetze, gegen die patriarchale Benachteiligung. Dabei ist die Haltung einerseits nah dran an Konflikten in der Fabrik. Die ursprüngliche Idee, Leute aus einer Fabrik sich selbst spielen zu lassen wurde verworfen – stattdessen übernahmen davor arbeitslose SchauspielerInnen die Rollen. Jane Fonda arbeitete zur Vorbereitung auf ihre Rolle ein paar Wochen in einer Fabrik am Band. Das besetzte Verwaltungsgebäude der Fabrik ist im Studio nachgebaut, und dies wird auch offengelegt: In Totalen sind oft alle Räume gleichzeitig zu sehen, wie im Theater, ohne Außenwände. Diese Verfremdung im Brechtschen Sinne zeigt die Distanz zum Fabrikalltag, fordert aber auch eine Positionierung – auf Seiten des Fabrikanten, des nominal kommunistischen Gewerkschaftsbürokraten oder auf Seiten der Besetzer, die auch in ihren Widersprüchen gezeigt werden: Ein älterer Arbeiter sagt einer jungen Frau, sie soll nach Hause gehen, da sie Kinder hat. Die Frau hatte sich davor am Telefon mit ihrem Mann gestritten, der keine Lust hatte, Kinderbetreuung und Haushalt alleine zu bewältigen. Ein jüngerer Aktivist begründet, warum es so wichtig ist, bessere Arbeitsbedingungen zu fordern, und ein besseres Leben – schließlich seien sie nicht nur Arbeiter, sondern auch Menschen. Und die Trennung darin, dass die Gewerkschaft für die Arbeit zuständig ist und die Partei für die Politik, und alle CGT und KP wählen und ihre Interessen delegieren sollen, sei Quark: „Wenn ich ein Maoist bin, weil ich dies fordere, nun denn, dann bin ich eben ein Maoist“. Und: „Tout va Bien“ zeigt die Schwierigkeiten der Journalistin, die nach der gewaltsamen Beendigung des Streiks durch die Polizei darüber berichten will. Aber die Nachricht ist nicht marktgängig, das Thema nicht interessant, zu linksradikal. Vor der Kamera erklärt sie, dass sie im Mai 68 zur Expertin für „linke Themen“ wurde, eine Zeitlang etwas unterbringen konnte. Aber nun, 1972, seien diese Themen durch, so ihre

Chefs. Eine Fabrikbesetzung? – langweilig. Der Filmregisseur erzählt, dass er lieber nur noch Werbefilme dreht, als so zu tun, als ob kritische Filme im Kulturbetrieb möglich seien. Bei seiner letzten Filmidee hätten ihn die Entscheider in den Produktionsfirmen und Fernsehanstalten immer wieder hingehalten, Änderungen verlangt. Die radikalen Reflektionen über ihre eigene Berufstätigkeit und die Grenzen für linkes Engagement in ihr könnten auch heutzutage gedreht sein. Nur, dass es derzeit und in der BRD kaum Betriebsbesetzungen gibt.

Jacques und Susan streiten sich, was für Konsequenzen die Erfahrungen mit den FabrikbesetzerInnen, mit ihren Enttäuschungen im Beruf für ihre Beziehung haben. Susan sagt, das lässt sich doch gar nicht trennen. Sie fordert von Jacques, sich in ihrem persönlichen Miteinanderleben mit ihrer radikal feministischen Kritik auseinanderzusetzen. Am Schluss des Filmes beobachtet Susan in einem dieser typischen riesigen französischen Supermärkte, einem Carrefour, wie an der endlos langen Reihe von Kassen Waren aufs Band gelegt und die Beträge eingetippt werden. Es ist eine technisch gute gemachte, lange Kamerafahrt an den Kassen vorbei, die an die lange Autoschlange in Weekend erinnert. Eine Veranschaulichung des Warentausches und der monotonen, schweren Frauenarbeit. Die Sequenz bietet noch mehr: Im Bereich vor den Kassen, da wo die Wartenden in Schlangen stehen, gibt es einen Aktionsstand: Ein Vertreter der PCF bietet dort das Wahlprogramm an. Revisionismus als Ware, Phrasen im Sonderangebot. Treffend, bissig, gut. Als krönender Abschluss kommen radikale linke Aktive in den Kassenbereich, legen Waren zurück, bringen den Fließbandkauf durcheinander. Eine Frau liest dem Vertreter der KP eine Phrase aus seinem Programm vor und fragt, was das bedeuten solle. Er weicht aus, will nicht diskutieren. Sicherheitspersonal und Polizei kommt, geht gegen die radikalen Aktiven vor, die wehren sich. Die Journalistin Susan beobachtet aufmerksam. Sie wird für einen Bericht über diesen Protest keinen Sendeplatz bekommen.

Achteinhalb Filme stellte die Gruppe Dziga Vertov fertig. Davon sind viereinhalb in der CD-Box „Godard 2“ von Arthaus, die qualitativ hochwertig ist und viele Hintergrundinformationen zu den Filmen enthält. Warum ein halber Film? Unvollendet blieb „Jusqu'à la victoire“, „Bis zum Sieg“. 6 000 Dollar hatte die Arabische Liga gezahlt, der Auftrag lautete: Den glorreichen Volksbefreiungskampf der PLO-Fedajin gegen Israel abzufeiern. Unter dem Titel „Ici et ailleurs“, „Hier und anderswo“ montierten Godard und seine Lebensgefährtin Anne-Marie Miéville

vier Jahre später, 1974, aus dem Material einen selbstreflexiven Film. In dem Film scheint auf, wie die Palästina-solidarität der revolutionären Linken in den 70er Jahren den Konflikt um Palästina und Israel wahrgenommen haben könnte.

Dieser Film, „Hier und Anderswo“, war einer der Hauptstreitpunkte in einer Debatte, ob Godard Antisemit sei. Die flammte kurz im Oktober 2010 auf, als bekannt wurde, dass ihm für sein Lebenswerk 2011 ein Ehrenoscar verliehen werden sollte. Den Oscar hat der 80-jährige, in der Schweiz lebende Godard nicht angenommen, weil er nicht einsah, für ein Stück Blech um die halbe Welt zu reisen. So cool diese Abfuhr für die Filmindustrie von Hollywood auch daherkam, so berechtigt waren die Fragen zu antisemitischen Assoziationen und Positionierungen in „Hier und Anderswo“ und bei anderen Gelegenheiten, wie etwa Godards unsäglich Verurteilung Israels in Bausch und Bogen wegen dessen militärischer Abwehr der Gaza-Flottille am 31. Mai 2010.

„Hier und anderswo“ beginnt mit Bildern des palästinensischen Widerstands, gedreht Anfang 1970.

Ein Agitator erklärt, warum Palästinenser mit der Waffe gegen die „zionistischen Eroberer“ kämpfen müssten. Eine Frau liest mühsam einen Text über die Beteiligung der palästinensischen Frau am Volksbefreiungskampf. Hinter ihr lehnt ein Gewehr an der Wand, sie sitzt offensichtlich in einem Alphabetisierungskurs. Kämpfer bestellen ein Feld, die Gewehre zusammengestellt in ihrer Mitte. Waffen, Kampflieder, Entschlossenheit. Langandauernder Volkskrieg. Bis zum Sieg. Kämpfer lesen im Kreis auf dem Boden sitzend Flugblätter, diskutieren. Einer hält die arabische Ausgabe der roten Maabibel in der Hand. Im Off erklärt eine Frauenstimme, dass der Film 1970 unfertig blieb. Dass in einer Flut von Bildern und Tönen der Tod verdrängt wurde, das Leiden und Sterben im bewaffneten Kampf. Eine Gruppe von Mädchen im Grundschulalter ist zu sehen, wie sie exerzieren. Zu Propagandamusik: Das Blut, die Wunde – für die Freiheit, für Gott, für das Volk. Versammlungen von Fedajin, Aufrufe zum Kampf. Dazwischen geschnitten: Bildern von erschossenen Fedajin: Amman, September 1970. Der schwarze September, als das jordanische Königshaus sich von den palästinensischen Kämpfern im Land in seiner Macht bedroht sah und ein Massaker unter ihnen anrichtete. Der Filmkommentar erklärt, dass die 1970 gefilmten KämpferInnen alle tot sind, jetzt, 1974. Die agitatorische Symbolsprache des Filmfragmentes wird hinterfragt: Es ging um das Volk, zuerst um das Volk. Volk? Dazu nacheinander Bilder von Lenin, der französi-

schen Volksfront 1936, von Hitler. Alle reden von Volk. Hitler redet, langsam wird seine Rede überblendet von der Aufzählung von KZ-Namen. Dazu ein Bild der israelischen Ministerpräsidentin Golda Meir, auf dem sich der Schriftzug Israel langsam in Palästina verwandelt. Golda Meir wird noch oft eingeblendet. Und vor oder nach ihr Hitler. Zu Bildern von getöteten palästinensischen Fedajin werden wieder und wieder die Namen von Auschwitz, Majdanek genannt.

Es ist erschütternd und für die 70er-Jahre-Linke sehr typisch zu sehen, wie die Durchhalteparolen, der Zweckoptimismus des voranschreitenden Kampfes bis zum Sieg hinterfragt wird. Aber gleichzeitig durch Bilder, Töne und deren Montage untermauert wird, dass die Israelis die Aggressoren seien, assoziativ neben die Nazis gestellt. Hier und Anderswo stellt den Durchhalteparolen in Palästina eine französische Arbeiterfamilie mit ihren Problemen gegenüber: Hier und Anderswo zeigt, wie unverbunden die sozialen Kämpfe und Schwierigkeiten in der französischen Metropole und der palästinensischen Dritten Welt sind. Er demontiert Mythen der antiimperialistischen Solidarität. Aber ohne davon abzurücken, dass Israel ein Aggressor ist, gegen den zu kämpfen gerechtfertigt ist. Das Schutzbedürfnis der Israelis wird, auf dem Höhepunkt der terroristischen Angriffe auf israelische Flugzeuge und Sportler negiert. Das Massaker von München 1972, als palästinensische Fedajin israelische TeilnehmerInnen der Olympiade umbrachten, erscheint als Widerstand.

„Hier und Anderswo“ ist so ein Dokument über antisemitische Assoziationen von Linken, wenn es um Israel geht. Es wäre ein Fehler, sich deshalb die ganzen Filme von Godard oder der Gruppe Dziga Vertov nicht anzusehen. Im Gegenteil. Durch ihre Diskursmächtigkeit bieten die Filme viel Stoff zur kontroversen Aneignung. Zur Auseinandersetzung mit der radikalen Linken unmittelbar nach 68 geben die Filme viel her.

Nur sollte wissen, was Godard eben auch gesagt hat, wer die Filme sieht. So hat Godard selbst einmal den Filmproduzenten Pierre Braunberger, vielleicht als dieser seine ökonomische Macht gegen Godard ausspielte, einen „sale Juif“ genannt, einen „dreckigen Juden“.

Oft wird der Vorwurf, Godard sei ein Antisemit, damit gekontert, dass Godard die US-Filmindustrie vehement dafür kritisiert hat, nach Bekanntwerden der ersten Informationen über die Shoah nicht mit Filmen eine Aufklärungskampagne begonnen zu haben – besonders die jüdischen Filmproduzenten hätten hier doch etwas tun können. Bei Licht betrachtet ist

dies kein Beleg dafür, nicht antisemitisch zu sein, sondern eher eine Schuldzuweisung an: Juden. Godard unternahm öfter Anläufe, um Filme über die Shoah und jüdisches Leben zu drehen. Auch Claude Lanzmann, der zum Teil mit den gleichen Kameralenten drehte wie er, schlug Godard wiederholt einen gemeinsamen Film vor.

Lanzmann lehnte ab, erklärte in einem Interview im „Freitag“, es sei geradezu obszön, dass Godard in Le Monde vom 11. November 2009 behaupten würde, dass die „palästinensischen Selbstmordattentäter, die in Israel ihre Anschläge begehen, um einen Staat zu gründen, nichts anderes tun, als die sechs Millionen Juden, die in den Gaskammern vergast wurden – um ebenfalls mit ihrem Opfergang einen Staat zu gründen.“

Nicht nur Godards fast schon notorische Parallelisierung des Vorgehens Israels gegenüber PalästinenserInnen mit der Vernichtung jüdischer Menschen durch die Nazis empört Lanzmann. Auch bei ihrer Wahl der filmischen Mittel verfolgen sie entgegengesetzte Ansätze: Wo Godard vertritt, dass sich zwischen Bildern und Tönen in der Montage etwas neues, Radikales entwickeln kann, arbeitet Lanzmann mit den klassischen Mitteln der althergebrachten Bildersprache filmischer Essays oder Dokumentarfilme. Godard sagt: Es geht nicht darum, politische Filme zu machen, sondern Filme politisch zu machen. Da drunter versteht er etwas anderes als die Art, wie Lanzmann seinen epochalen Film „Shoah“ gedreht und montiert hat. „Godard hat offenbar ein riesengroßes Problem mit mir, und zwar, seit 1985 Shoah erschienen ist“, so Lanzmann: „Im französischen Fernsehen, in einer Diskussion mit Marguerite Duras, sprach er Shoah ab, ‚irgendetwas zu zeigen‘, weil die Beweisbilder fehlten, woraufhin Duras ihm entgegnete, dass mein Film ‚alles‘ zeigen würde. Auch ich sage: Was ist das Filmbild gegen eine Tatsache? Godard glaubt an das Filmbild, ich an die historische Tatsache. Nach allem, was ich über ihn weiß, kann ich ihn nur für einen Antisemiten halten.“

Es gilt, die Filme von Godard und der Gruppe Dziga Vertov zu entdecken – auch wenn Godard selbst rückblickend über den damals mit ihm aktivsten Mitstreiter dieser Gruppe, Jean-Pierre Gorin anmerkte, als dieser Geld forderte: „Es ist immer dasselbe, Juden rufen dich an wenn sie die Kasse klingeln hören“. 24 Bilder Wahrheit pro Sekunde – diesem revolutionären Anspruch von Godard und seinen MitstreiterInnen wird er so sicher selbst nicht gerecht.

*Gaston Kirsche*

**Arthaus: Jean-Luc Godard Edition 2,  
8 Filme 1967–80, OmU, 58,99 Euro**

## Inhalt

### Aktuelle Meldungen

Wulff gegangen, Rösler bringt Gauck • Trübe Wirtschaftsaussichten • 40 Jahre Berufsverbote in Bremen: Geschäftsgrundlage entfallen? • EU-Weißbuch Renten: Widerstreitende Interessen

### Friedenspolitik oder Militarisierung?

### Der Streik um Spartengewerkschaften eskaliert

### Solidarität mit kurdischen politischen Gefangenen in der Türkei

### Auslandsnachrichten

ILO für Regulierung der Finanzmärkte • Griechenland: Generalstreiks für Erhalt des Tarifrechts • Israel: Festangestellte erstreiken Verbesserungen für Leiharbeiter • Niederlande: Streik der Reinigungskräfte • Internationale Transportarbeiter fordern Stoppt Nespressionen! Indien: Textilarbeiterinnen kämpfen • Kambodscha: Streik bei Puma-Zulieferer • Apple China: Unmenschliche Arbeitsbedingungen

### Aktionen ... Initiativen

Kunstaktion gegen Waffenhandel • Demonstrationen gegen Atomkraft am 11. März • Im Mai europäische Massenproteste gegen Verarmungspolitik • Aufruf gegen Abschiebung von Roma in den Kosovo • Für Bewegungsfreiheit für alle • Internationale Wochen gegen Rassismus 2012 • Konferenz der Flüchtlingsräte aller Bundesländer • Kritik an Niebels Bildungsstrategie für arme Länder • Demonstrationen und Blockaden in Dresden 2012 möglich • „Beyond 2015“ – wie weiter mit den Millenniumsentwicklungszielen? • Tausende demonstrierten gegen ACTA

### Grün-rote Landesregierung hat Schwierigkeiten mit dem „ländlichen Raum“

Schweiz – ein städtebauliches Portrait

### Kommunale Politik

Verkauf der LBBW-Wohnungen an Patrizia AG: Freiburg • Open Data für Bonn • Mehr Mitbestimmung für Kinder im Bezirk: Duisburg • Kostenfreiheit bei Pfändungsschutzkonten: Kassel • Die Linke: – Rats- und Regionsfraktionen verzichten erneut auf VIP-Messekarten: Hannover • Sargnagel in eine demokratische BürgerInnenbeteiligung und eine soziale Wohnungsbaupolitik: Hamburg • Krippenentgelt für Geringverdiener: Braunschweig • SÖS-Linke: Sehr unzufrieden. Stuttgart • VIP-Logen statt Umkleiden und Duschen: Essen • Martin Börschel (SPD) täuscht bei den Ladenöffnungszeiten! Köln • Mangelndes Problembewusstsein bei Rot-Grün: Kiel • Deutscher Städtetag legt aktuelle Finanzdaten vorn

### Europäische Berufsbildungspolitik: Ein interessantes Feld mit Untiefen

Wirtschaftspresse

### Rede von Gregor Gysi auf dem 2. Parlamentarientag der Linken

„Film ist die Wahrheit 24 mal in der Sekunde“ – Jean-Luc Godard und die Groupe Dziga Vertov

Jahrestagung Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am 31. März/1. April 2012 in Köln

## Verfestigung von Armut in einem reichen Land – irreversibel? Was können wir tun?

Termin: 31. März / 1. April, Samstag von 13 bis ca. 18 Uhr, Sonntag von 9 bis 12 Uhr.

Übernachtung: Jugendherberge Köln-Deutz, Siegesstr. 5.

Tagung: Landschaftsverband Rheinland, Horionhaus, Mindener Str., Köln-Deutz, wenige Minuten vom Bahnhof Köln-Messe/Deutz (Anfahrtskizze siehe unten).

### Tagesordnungspunkte:

#### Samstag, 31. März

#### 13 bis 14 Uhr Vereinsangelegenheiten

- Berichte Vorstand
- Wahlen Vorstand
- Haushaltsbeschluss 2012

#### 14.30 Uhr als gemeinsame Veranstaltung mit dem Forum demokratischer Sozialisten (fds) NRW:

„Verfestigung von Armut in einem reichen Land – irreversibel? Was können wir tun?“

*Martin Fochler*: Impulsreferat

*Matthias W. Birkwald* (MdB Die Linke, Ausschuss für Arbeit und Soziales): Wie schlägt sich die Umstrukturierung im Arbeitsprozess bei den Renten nieder?

*Gabi Giesecke*: Sicht aus der Arbeitsagentur auf diese Entwicklung

*Jonas Bens*: Ausgrenzung versus Inklusion – Welche inklusiven Ansätze finden sich im modernen Rechtssystem wieder?

Anschließend Diskussion.

### Osteuropa – EU – Russland: Europäische Sicherheitsarchitektur/Abrüstung

#### Sonntag, 1. April, 9 bis 12 Uhr

(Referent/in aus dem Arbeitskreis Osteuropa der Rosa-Luxemburg-Stiftung)



Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint am 5. April 2012.

Redaktionsschluss: Freitag, 31. März.

Artikelvorschläge und Absprachen über [pb@gnn-verlage.de](mailto:pb@gnn-verlage.de).

Die nächsten Erscheinungstermine:

jeweils donnerstags: 3. Mai, 31. Mai, 28. Juni, 26. Juli, 6. September, 5. Oktober, 2. Nov., 30. Nov.